

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheiberei- und Glasereien, für Gipser, Wagner, Stukkateure, Asphaltateure, Isolierer, Plattenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinhölzer und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom **Deutschen Baugewerksbund** Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Zeile 1,25 M. Bei größeren Abdrucken Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Zeile 3 M., Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 Pf.

Konferenz des Beirats und Vorstandes unseres Bundes.

(Abgehalten am 2. und 3. Februar 1927 in Berlin.)

Der Vorsitzende, Kollege Paepow, eröffnete um 9 1/2 Uhr die Konferenz, er hieß die Erzhörigen herzlich willkommen. Dann gedachte er der seit der letzten Beiratstagung herbeigekommenen Kollegen und erwähnte dabei besonders die an hervorragender Stelle in der Bauarbeiterbewegung tätig gewesenen Kollegen Max Heinze, Wilhelm Hempel, Albin Weier, Karl Seidemann, Wilhelm Noack, Niels Persson. Er widmete allen Worte herzlichsten und dankbaren Gedankens; die Konferenzteilnehmer ehrten das Andenken der Verstorbenen durch Gesänge von den Sängern. — Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Ueber den

mehr keinerlei Garantie, Schutz oder Sicherheit für in Frankreich Arbeit annehmende deutsche Bauarbeiter wegen des Lohnes, der sonstigen Arbeitsbedingungen und auch der sozialen Belange. — In ausführlicher Weise verbreitete sich dann Bernhard über die Notwendigkeit der Einstellung eines oder mehrerer Bundesrevisoren, die diese Tätigkeit in den Baugewerkschaften hauptsächlich ausführen sollen. Ein solcher Bundesrevisor soll die Vollmacht haben, überall unangemeldet Inspektionen vorzunehmen und — was sehr notwendig ist — in Verwaltungstechnischen Fragen den Baugewerkschaften mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Die Beiratskonferenz nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Bundesvorstandes über die Zusammenlegung von Baugewerkschaften, besonders in den Bezirksverbänden Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Diese Beschlüsse des Bundesvorstandes liegen nicht nur im Rahmen seiner Zuständigkeit, sondern sie entsprechen auch der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Die Konferenz billigt somit im vollen Umfange die Beschlüsse des Bundesvorstandes.

Stand des Bundes
berichtigte Kollege Paepow. Die Mitgliederzahl des Baugewerksbundes ist auch in den letzten Monaten trotz der großen Arbeitslosigkeit stabil geblieben. Die Erwerbslosigkeit im Baugewerbe hat schon wieder erheblich zugenommen. In den letzten Wochen wurden im Baugewerksbunde über 40 % Arbeitslose festgestellt. Im vorletzten Jahre waren Monat für Monat in starkem Maße Arbeitslose vorhanden, ihre Zahl, die zu Beginn des Jahres über 50 % aller Mitglieder betrug, senkte sich wohl zum Sommer und Herbst, fiel jedoch nie unter 15 %. — Die Klassenverhältnisse haben sich verbessert. Die Schäden, die die Großkämpfe im Jahre 1925 in der Bundeskasse verursacht haben, sind trotz der großen Arbeitslosigkeit heute wieder ausgeglichen. Nachdem der Redner berichtet, in welcher Weise die Gelder des Bundes angelegt sind, erläuterte er die bereingelt aufgetretene Notwendigkeit von Zuschüssen aus der Hauptkasse an eine Anzahl Baugewerkschaften, die bei Beginn des letzten Winters diese Zuschüsse brauchten, um die Arbeiten für die Baugewerkschaften nicht verfallen zu lassen. Stellenweise erleben die Baugewerkschaften von ihren arbeitslosen Mitgliedern einen geringen Beitrag, dies scheint sich zu bewähren; es wäre zu erwägen, diesen Modus allgemein durchzuführen. In der Frage der Grenzteiligkeiten äußerte der Redner seine Unzufriedenheit mit dem Vorstand des DGB, der seiner Meinung nach für diese Frage nicht die nötige Energie aufwendet. Die auf dem Gewerkschaftstongreß in Breslau in dieser Richtung gefassten Beschlüsse dürften nicht auf dem Papier stehen bleiben. Der Baugewerksbund ist stets bereit, soweit es in sein Interessengebiet reicht, an der Regelung von Grenzteiligkeiten und zur Förderung des Industrieverbandes, gebandeln mitzuarbeiten. Solche Fragen dürften nie einseitig behandelt werden; sie dürften auch nicht betrachtet und erledigt werden als eine Frage der mühelosen Mitgliedererwerbung, vielmehr müsse man sich dabei leisten lassen vom Standpunkt der besseren gewerkschaftlichen Stoffkraft. Der Redner erwähnte ferner die literarische Neugründung des Bundes: „Das Bauwerk“. Für die Verbreitung dieses Blattes müsse mehr als bisher geschehen, ein ausführlicher Prospekt zur Unterstützung der Werbearbeit wird demnächst herausgegeben werden. — Im Anschluß an den Bericht Paepows berichtete dann noch Kollege Bernhard über notwendige Grenzänderungen der Bezirksverbände, die sich aus einer Reihe von Zweckmäßigkeitsgründen nötig machen. Einzelne Baugewerkschaften müssen sich gegen solche Grenzveränderungen aus dem Drange des Selbsthaltens am Alten, der Beirat sollte hier erklären, daß vor Jahren gezeugene Grenzen nicht Dauerwert haben können und veränderte Wirtschaftsverhältnisse und damit Arbeitsverhältnisse auch Grenzveränderungen bedingen. — Die Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen von etwa in Frankreich durch deutsche Firmen zu beschaffenden deutschen Bauarbeiter sind schließlich gescheitert, weil die an diesen Arbeiten interessierten großen Firmen Bedingungen stellten, die die Vertreter der Bauarbeitergewerkschaften nicht erfüllen konnten. Es müsse unter diesen Umständen vor etwaiger Arbeitsaufnahme in Frankreich eindringlich gewarnt werden. Es besteht nun-

Insofern aber und insoweit die unteren Klassen der Gesellschaft die Verbesserung ihrer Lage als Klasse, die Verbesserung ihres Klassenloses erstreben, insofern und insoweit fällt dieses persönliche Interesse, statt sich der geschichtlichen Bewegung entgegenzustellen und dadurch zu jener Unfruchtbarkeit verdammt zu werden, seiner Richtung nach durchaus vollkommen mit der Entwicklung des gesamten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit dem Fortschreiten der Kultur, mit dem Lebensprinzip der Geschichte selbst, die nichts anderes als die Entwicklung der Freiheit ist.
Friedrich Engels

Solche Revisionen dürfen von den Kollegen nicht als Mißtrauensakt aufgefaßt werden, sondern als eine notwendige Ergänzung unserer Verwaltungsarbeit, die an vielen Orten noch sehr im argen liegt. Auch andere große Gewerkschaften haben diese Einrichtung, sie können über ihre damit gemachten Erfahrungen nur Gutes berichten.

In der Aussprache kam fast allgemein die Unzufriedenheit mit der Haltung des Vorstandes vom DGB, zum Ausdruck wegen seiner gögernden und den Interessen des Baugewerksbundes wenig entgegenkommenden Stellungnahme in der Frage der Abgrenzung der Verbände, nicht zuletzt der Schaffung einer umfassenden Organisation aller im Baugewerbe Beschäftigten. Allgemein wurde erklärt, daß es so nicht weitergehen dürfe, die organisatorisch verworrenen Zustände im Baugewerbe bedürften dringend der Klärung. In den Verwaltungsfragen wurde einem regelmäßigen jährlichen Farbenwechsel bei den Beitragsmarken das Wort geredet, ferner wurden Gedanken darüber geäußert, einen geringen Beitrag für Arbeitslose verpflichtend einzuführen. Demgegenüber wurde angeführt, daß die vom DGB. eingesezte Kommission für Verwaltungsreform in dieser Richtung nach einer günstig ausgefallenen Statistik den Gewerkschaften empfehle, einen verpflichtenden Beitrag von ausgereizten Erwerbslosen einzubehalten, weil dies schon vielfach eingeführt ist und sich allgemein als eine gewerkschaftliche Notwendigkeit erweist. — Nach Abschluß der Aussprache über die hier genannten Punkte wurden nachstehende Entschlüsse angenommen:

Ein Farbenwechsel der Beitragsmarken noch für dieses Jahr wurde nicht in Aussicht genommen. Des weiteren wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß sich deutsche Bauarbeiter für Frankreich nicht anwerben lassen und dabei gegebenenfalls die Hilfe des französischen Bauarbeiterverbandes in Anspruch zu nehmen. Für das neue Fachblatt „Das Bauwerk“ soll überall in verstärktem Maße geworben werden. Von den Funktionären des Bundes wird als selbstverständlich erachtet, daß sie in erster Linie Momenten des „Bauwerk“ werden. Nach längeren Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit der Einsetzung von Bundesrevisoren in dem von Bernhard ausgeführten Sinne billigte die Konferenz den Vorschlag des Vorstandes und stellte ihm anheim, die nötigen Schritte zur Einrichtung einer solchen Stelle zu unternehmen. — Dann berichtete Bernhard über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen der Vertreter der baugewerblichen Arbeiterverbände mit den Vertretern der baugewerblichen Unternehmerorganisationen über einen

Reichstarifvertrag für das Baugewerbe. Eingehend schilderte er die Schwierigkeiten, die bei den schon mehrfach wiederholten Verhandlungen zutage getreten sind. In allen wichtigen Fragen ergaben sich immer wieder starke Differenzen zwischen den beiderseitigen Auffassungen. Es erschien mehrfach beinahe unmöglich, eine Brücke zu einer Verständigung zu schlagen, nur das beiderseitige Bestreben, wenn irgend möglich, doch noch einen Reichstarifvertrag zustande zu bringen, hat bisher die Parteien zu weiteren Verhandlungen zusammengehalten. In den letzten Verhandlungen, die vom 20. bis 31. Januar stattgefunden haben, war in einigen Fragen ein etwas bessere Annäherung bei der Auffassung bemerkbar, so daß trotz noch vorhandener starker Differenzen immerhin mit der Möglichkeit des Zustandekommens eines Reichstarifvertrages gerechnet werden kann. Der Redner berichtete dann im einzelnen über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen, die nach gemeinsamer Abmachung am 22. Februar fortgesetzt werden sollen. Allerdings liegt bisher nur in einigen Punkten eine leidliche Einigung vor. Doch die Kommission wird trotzdem weiter verhandeln und auch nicht nachlassen in der nachhaltigen Vertretung der Interessen der Bauarbeiter. Der Redner ersuchte zum Schluß um eine Aussprache und Bestätigung des Beirates, ob die Verhandlungskommission bisher auch im Sinne des Beirates gehandelt hat. Des weiteren besprach der Redner ausführlich den vorliegenden Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes, der in der jetzigen Fassung einem Irrgarten gleicht und in seinen Bestimmungen für die Arbeiter unannehmbar ist. Der Vorschlagsentwurf wird damit hinfällig, für das Baugewerbe käme nach Inkrafttreten eines solchen „Schutzgesetzes“ nach und nach der Zwölftundentag heraus. Dadurch würde die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe noch mehr verschärft. Die die Interessen der Arbeiter vertretenden Körperschaften werden alles anwenden müssen, um aus diesem Konstruktum von Entwurf etwas Brauchbares zum Schutze der Arbeiterkraft herauszuschälen und die Bestimmungen des Gesetzes dem von den Gewerkschaften vertretenen Vorgesetz zur Arbeitszeitrang mindestens anzugleichen. Dies wird schwer fallen, zumal heute eine „fürzerliche“ Regierung von Hindenburgs Gnaden die Geschichte Deutschlands zu leiten berufen ist. Doch ob so oder so: Jedenfalls werden die Bauarbeiter durch ihre Organisationen alles daransetzen, um auch die Frage der Arbeitszeit in für die Bauarbeiter günstigem Sinne zu lösen!

Die am 2. und 3. Februar 1927 abgehaltene Beiratskonferenz des Deutschen Baugewerksbundes hat mit Bedauern Kenntnis genommen von dem unbefriedigenden Stand der Umorganisation der Industrieverbände, was nicht nur auf den ganz unberechtigten Widerstand einzelner Organisationen sondern auch auf die ungenügende Initiative des Vorstandes des DGB zurückzuführen ist. Weiter nimmt die Beiratskonferenz Kenntnis von dem ganz unhaltbaren Zustand, daß Gewerkschaften, die für das Baugewerbe nicht zuständig sind, immer noch versuchen, dem Baugewerksbund Abbruch zu tun und innerhalb des Baugewerkes Mitglieder zu gewinnen. Die Beiratskonferenz richtet an den Vorstand des DGB, die dringliche Forderung, er möge alles tun, damit baldigst die Einheitsorganisation im Baugewerbe durchgeführt werde.

Nach lang ausgebehnter Aussprache, die sich bis in die späten Abendstunden hingog, wurde der Arbeitszeitgesetzentwurf einer scharfen Kritik unterzogen. Das Hauptinteresse aller Redner konzentrierte sich jedoch auf die Reichstaxifrage. Jede Eingeltheit wurde eingehend besprochen. Dann brachte der Beirat einstimmig nach Schlussworten von Kaeplow und Bernhard zum Ausdruck, daß die zu den Verhandlungen über einen Reichstaxifvertrag eingesetzte Kommission bisher im Sinne des Beirats gehandelt hat; sie sprach der Kommission ihr volles Vertrauen aus in der Erwartung, daß sie auch bei den späteren Verhandlungen mit der an ihr bisher beobachteten Laftkraft und Umsicht die Interessen der baugewerblichen Arbeitererschaft vertreten wird.

Am zweiten Verhandlungstage hörte die Konferenz einen Vortrag des Jugendleiters Walter Rißternik über Lehrlingshaltung und -ausbildung.

Er sprach zunächst das Ergebnis der Umfrage über Lehrlingslöhne. Teilweise ist noch den Söhnen des alten Reichstaxifvertrages gegolten worden, teilweise ist ein milderer Zustand in der Entschädigungsfrage vorhanden. In der Vorbereitung befindlichen Gesetzgebung wird die Jugend nicht genügend berücksichtigt, so daß wohl die Hauptstelle für die Vertretung der Jugendinteressen die Gewerkschaft bleiben wird. Die Zahl der Lehrlinge hat sich vermehrt. Ueber 24 000 Lehrlinge sind nach unserer Juli-Statistik 1926 im Maurergewerbe vorhanden. Die Zunahme in den letzten Jahren war enorm. Nach vor dem Kriege aufgenommenen Lehrlingen war der Prozentsatz der Lehrlinge zu den Gesellen noch nie so hoch als heute, wo er im Reichsdurchschnitt zur Gesellenzahl steht von 1,9 zu 10. Am höchsten liegt der Durchschnitt im Bezirk Stettin mit 3,2 auf 10 Gesellen, dann folgt der Bezirk Hamburg mit 2,8, es folgen dann die Bezirke Breslau und Königsberg mit je 2,6%. In vielen Fällen hat die Statistik eine geradezu erschreckende Fülle von Lehrlingsausbeutung ergeben, 18 und noch mehr Lehrlinge entspielen in vielen Fällen auf einen Gesellen oder gar keinen. Von einer fachlichen Ausbildung kann unter diesen Umständen nicht die Rede sein, die jungen Leute können nach dem „Auslernen“ als Kräfte und Gelegenheitsarbeiter ihr Leben zu fristen suchen. Der Redner bespricht weiter das „Dinta“, ein Institut zur Ausbildung von Lehrlingen, wo den jungen Leuten in völliger Abgeschlossenheit von der Außenwelt die ersten Handgriffe beigebracht und sie außerdem mit kapitalistischer Wirtschaftsauffassung versichert werden sollen. Man muß diese Einrichtung mit mißtrauischen Augen betrachten, sie droht sich auch schon auf das Maurergewerbe auszudehnen. Wegen die festgestellte Lehrlingsausbeutung ist eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung, sie soll berechtigt mit den Zimmerern, bei denen ähnliche Verhältnisse wie im Maurergewerbe festgestellt worden sind, eingereicht werden; die Hauptfrage wird sein, darauf zu drängen, einen bestimmten Prozentsatz von Lehrlingen zu Gesellen gesetzlich festzulegen, um den trassen Mißverhältnissen einen Riegel vorzusetzen. Auf Handwerkskammern, Berufsberatungs- und Arbeitsnachweisämter muß in gleicher Weise eingewirkt werden. Dieses Streben werden wir außerdem durch Aufklärungschriften unterstützen müssen. Der Redner berichtete weiter, daß nach der 3. Quartalsabrechnung vom vorigen Jahre 15 400 Lehrlinge und Jugendliche in unserer Jugendgruppe bereinigt sind. Er vorbereitete sich ferner über die in den Jugendabteilungen zu pflegende Aufklärungs- und Unterrichtsarbeit, um dann überzuleiten zu der Notwendigkeit von Jugendkursen, die für die intelligentesten Jugendlichen eingerichtet werden sollten. Wir müssen alles tun, um unsere Jugend praktisch und geistig weiterzubringen. — Im Anschluß daran sprach Scheibel über

Widmungsbauarbeit.

Die Aufklärungsarbeit stellt den vornehmsten Teil unserer Bildungsarbeit und Werbetätigkeit dar. Kurze für junge Kollegen sind notwendig, um Unterführer und Spitzenführer heranzubilden. Die ersten sollen in erster Linie. Die Spitzenführer sollen an besonderen Lehrlingskursen herangebildet werden. Die Bildungsurse, die sich einzelne Gewerkschaften eingerichtet haben, werden dazu führen, bei sorgfältiger Auswahl der Studierenden Unterführer und Spitzenführer herauszubilden. Auch der Baugewerksbund beschreitet nunmehr diesen Weg. Der Redner besprach das Programm eines solchen Bildungskurses, den Unterricht über das große Gebiet Wirtschaft und Gesellschaft, über Gewerkschaftsarbeit, soziale Betriebslehre, Organisation im Baubetrieb, soziale Baubetriebe, Verwaltungsarbeit, Unternehmensorganisationen und Arbeitsrecht. Jedenfalls wird ein solcher Kursus, zunächst in Leipzig für Bauhüttenleute abgehalten, dann in abgeänderter Form — mehr der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit entsprechend — an verschiedenen Stellen des Reiches wiederholt, zum Ziele führen und zugleich unter den Schülern eine sorgfältige Auswahl gefastien für eine spätere akademische Ausbildung. Die vom Bunde in Aussicht genommenen Kurse sind auf je 14 Tage, die Zahl der Teilnehmer ist auf höchstens 25 berechnet, die Kosten sind unerheblich im Gegenjah zu dem daraus zu erwartenden Nutzen. — In das Gebiet der Aufklärungs- und Bildungsarbeit fällt auch der Vorschlagsvortrag. Kaeplow berichtete dazu, daß die Vorbereitungen beendet sind und solche Vorträge bereits ge-

halten werden. Niendorf sprach über die Notwendigkeit der fachtechnischen Ausbildung der Lehrlinge. Er verwies dabei auf gute Vorbilder, vor allem in Holland, Dänemark und England. Die Stufaturchule in Amsterdam, eingerichtet durch die Gewerkschaft, zeitige gute Ergebnisse, die Wirtschaftsschulen verschiedener Art in Dänemark, England und auch Amerika stehen allerdings unter kapitalistischer Leitung, arbeiten jedoch gleichfalls sehr erprießlich. Durch fachtechnische Ausbildung werden Wert und Geltung der Arbeit gehoben. Der Redner berichtete über die Tätigkeit unseres Bundes an den Bauabenden für Jugendliche und über unsere Jugendführer. Stetige Bildungsarbeit ist notwendig, sie wird auch gute Erfolge zeitigen.

Hierauf wurden die Weiterberatungen unterbrochen, um zunächst einen Vortrag des Regierungsrats Dr. Joachim zu hören über das Arbeitsgerichtsgesetz. Zur Anhörung dieses Vortrages waren neben Ortsangestellten der Baugewerkschaft Berlin auch Vertreter des Zimmererverbandes erschienen. Wir verlassen uns an dieser Stelle, auf den mit äußerster Sachkunde geführten Vortrag näher einzugehen. Er ist lenographisch festgehalten worden und wird nach der Drucklegung unsern Baugewerkschaften für ihre Funktionäre übermittelt werden. — In der nach der Mittagspause dann weiter geführten Beratung ergab sich völlige Einmütigkeit mit den durch den Bundesvorstand bereits eingeführten oder in Aussicht genommenen Einrichtungen zur Lösung der Erziehungs- und Bildungsfragen in unserm Bunde. Allseitig wurde anerkannt die Notwendigkeit des Unterrichts im Arbeitsrecht, in Wirtschaftswissen und Gewerkschaftswesen, nicht zuletzt auch in der fachtechnischen Weiterbildung unserer Mitglieder. Trotz mancher Fehlschlüsse bei einzelnen Kollegen in ihrer wissenschaftlichen Weiterbildung habe sich bisher im allgemeinen ein guter Erfolg gezeigt. Dieser Erfolg müsse immer mehr vertieft werden. Genau seien bei den Böglingen zu prüfen Gewerkschaftsfreudigkeit, Wissensdrang und Auffassungsgabe. Neben den geistigen müssen auch moralische Fähigkeiten vorhanden sein. Zu dahingehenden Vorprüfungen seien unsere in Aussicht genommenen Bildungsurse ein vorzügliches Mittel. Dann würde jeden ein Fehlschritt gegeben und nach sorgfältiger Auswahl der geistige Nachwuchs geschaffen werden können, den wir brauchen zur Durchführung aller unserer Aufgaben. Nach kurzer Schlussworten von Rißternik, Scheibel und Kaeplow erklärte sich die Konferenz mit den Bildungsbemühungen des Bundes grundsätzlich einverstanden. — Zur

Frühjahrsagitation und zu sonstigen Bundesfragen

sprach dann Kaeplow. Der Bundesvorstand ist bereit, die Bezirksleitungen, falls es gewünscht wird, bei ihrer Frühjahrsagitation durch rednerische Kräfte zu unterstützen. Ein allgemeines Werbeplakat wird herausgegeben werden. Ein Bundesplakat ist in Vorbereitung. Zusammenkünfte von Funktionären aus größeren Wirtschaftsbereichen zur Klärung allgemeiner Fragen werden nach Bedarf einberufen werden. Der zweite ordentliche Bundesstag ist für den Spätsommer in Aussicht genommen. Die Bezirkstage könnten ungefähr ein Viertel Jahr, die Verbandstage der kleinen Fachgruppen ungefähr 4 Wochen zuvor stattfinden. — Nach kurzer Aussprache, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß Bezirkstage nur dann stattfinden sollten, wenn die allgemeine Notwendigkeit dazu vorliegt, wurde der 2. Resolutionsvorschlag für den 2. Bundesstag bestimmt. Wegen die Vorschläge des Vorstandes wurden besondere Einwände nicht erhoben. — Dann sprach Bernhard zur

Verbindungsordnung für Bauleistungen.

Unsere Einwände gegen ihre Fassung sind bereits im „Grundstein“ angeführt worden. Die Interessen der Bauarbeiter sind in dieser Verbindungsordnung unberücksichtigt geblieben. Was in der Monarchie nicht möglich war, ist den Unternehmern in der Republik gelungen: Neben andern „Schönheiten“ steht die berüchtigte Streiklausel nach und über in dieser Verbindungsordnung. Sogar der Geschäftsbericht der Tiefbauunternehmerorganisation spricht dieser Verbindungsordnung das Lob aus. Im Gegensatz zu der Behauptung in diesem Bericht, die Arbeitervertreter hätten bei der Beratung dieses Entwurfs mitgewirkt, ist festzustellen, daß die Arbeitervertretungen von dieser Verbindungsordnung erst erfahren haben, als sie fertig war. Die preussische Regierung hat auf unsere Eingabe geantwortet, die Verbindungsordnung sei zunächst auf ein Jahr probeweise eingeführt. Der Deutsche Städtetag hat wohl anerkannt, unsere Anträge zu der Verbindungsordnung seien von grundsätzlicher Bedeutung, jedoch läge zur Zeit keine Ursache vor, darauf einzugehen. Es wird schwer sein, diesem Konstrukt von Verbindungsordnung, die unternehmerrischen Giffahne auszubrechen, jedoch wird und muß dies durchgeführt werden, auch schon in Rücksicht auf die Reichsverfassung, die durch eine Anzahl Bestimmungen in dieser Verbindungsordnung zweifellos verletzt erscheint. Aus einigen Landesstellen liegen auf unsere Eingabe einmütigen aufzudenstellende Antworten vor. Auf die Beachtung unserer Eingabe bei allen staatlichen und gemeindlichen Bauarbeiten müssen wir dringen im Interesse der Bauarbeitererschaft. Wir dürfen nicht nachlassen, bis diese Verbindungsordnung beseitigt oder aber durch geeignete Ausführungsbestimmungen in ihrem unsozialen Teil unschädlich gemacht ist. — Die Konferenz er-

klärte sich mit diesen Ausführungen und der Beurteilung der Verbindungsordnung vollkommen einverstanden. Die Kollegen im Lande sollen aufgezeigt werden alle sich aus dieser Verbindungsordnung ergebenden Nachteile dem Bundesvorstand zu melden, um Material zu sammeln zur Beseitigung oder Unschädlichmachung dieses arbeiterfeindlichen Nachwerks.

Dann berichtete Fönnie über die bisherigen Arbeiten der Verwaltungskommission des BDB. Sie hat die Aufgabe, möglichst eine Vereinheitlichung aller Verbandsleistungen anzustreben. Nach dem Bericht sind die Arbeiten dieser Kommission in erfreulichem Fortschreiten begriffen. Näher wird darauf im „Grundstein“ eingegangen sein, wenn die Kommission ihre Arbeiten abgeschlossen hat. — Im Anschluß daran wurden Verwaltungsfragen besprochen. Alle Ortsverbände, Tarifverträge oder neuen Lohnverordnungen müssen, so weit es noch nicht geschehen, dem Bundesvorstand übermittelte werden. Werbungsschriften zwecks Bekämpfung von Bundesämtern sollen auch dem Bundesvorstand zur Prüfung vorgelegt werden. Eine Aussprache über die Unterstützungsvereinigung führte zu der einmütigen Auffassung, dahin zu wirken, daß die Pensionsmöglichkeit schon nach Vollendung des 60. Lebensjahres vorliegen soll. In letzter Zeit gemachte verschiedene Erfahrungen fordern dies zwingend. Die Forderung der Vollendung des 65. Lebensjahres als Voraussetzung zur Pensionierung muß in der Unterstützungsvereinigung fallen, zumal Regierungsstellen angeht, der vorhergehenden Kriegsschäden dieser Auffassung in der Sozialversicherung und Angestelltenversicherung gleichfalls zuzugehen. Die Konferenz beauftragte einstimmig den Bundesvorstand, in dieser Richtung auf den Vorstand des BDB und die Unterstützungsvereinigung einzuwirken. — Sahnow berichtete dann noch über seine Erfahrungen aus den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeits- und Berufsämter. Er erläuterte an Beispielen, daß die Tätigkeit in solchen Landesarbeitsämtern schon im Interesse der Notstandsarbeiter und der Erwerbslosen dringend geboten ist und es vielfach zu deren Vorteil ausschlagen kann, wenn Gewerkschaftsvertreter in solchen Ämtern sitzen. Die Kollegen im Lande sollten nichts unberücksichtigt lassen, in solche Ämter einzudringen, um darin im Interesse der Kollegen zu wirken.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Kollege Vernehard schloß am 7. Ufr die Sitzung mit Wünschen glücklicher Heimreise und guter Erfolge bei der Arbeit für unsern Baugewerksbund.

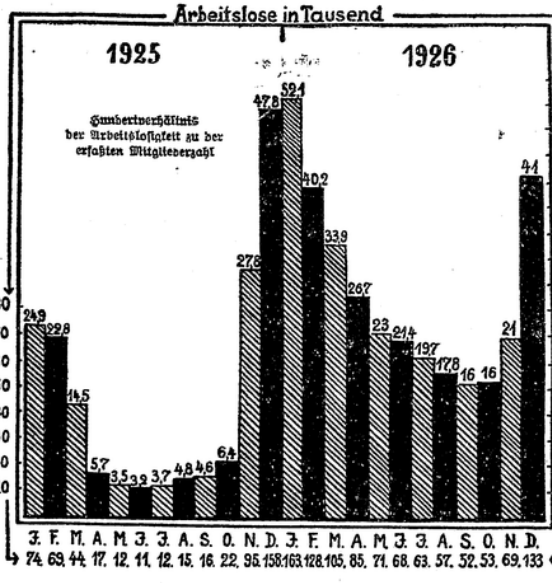
Der preussische Handelsminister und die Gewerkschaften.

Nebende Staatsmänner sind in einem demokratischen Gemeinwesen nichts Seltenes. Die Rede ist ein herberzogenes Handwerkszeug der politischen Demokratie. Wenn eine Regierung, die von der Mehrheit des Volkes getragen ist, muß sich durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung eine gewisse Rückversicherung verschaffen. Im kaiserlichen Deutschland war für Minister und Staatsmänner Schweigen Gold und Neben Silber. Es wurden ja auch nicht von den Abgeordneten des Volkes bestimmt, sondern von dem jeweiligen Kronprinz oder auf ihre Kosten gestellt. Allerdings sind auch früher Minister auf Tagungen von Unternehmervereinigungen abwesend gewesen. Man füllte sich dort unter Weihen. Aber daß jemand auf einer Versammlung der Unternehmer eine Lanze für die Gewerkschaften brach, das war früher ein Ding der Unmöglichkeit. Daß es heute anders ist, wurde kürzlich von dem preussischen Handelsminister Dr. Schreiber auf der Tagung des Langnamensvereins (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen) deutlich borgehen. Der Langnamensverein war früher die Domäne der Huef, Heumer und Genossen. Er war das reaktionärste Gebilde, das man sich denken konnte. Auch heute noch ist er eine reine Interessenvereinigung der schweren Industrie, die Erbküme der Heufch und Bögler. Und so mußte denn eine Rede, die die Kulturarbeit der Gewerkschaften treffend unterricht, in diesem Gremium eigentümlich klingen und ein verschiedenes Echo finden.

Dr. Schreiber redete über das Thema „Politik und Wirtschaft“. Er betonte die notwendige Stärkung des Innemarktes. Die Befundung der Wirtschaft könne nicht allein von der Exportseite erreicht werden. Ein großzügiges Wohnungsbauprogramm sei in der Lage der Arbeitslosigkeit wirksam zu verbinden. Zu dem Verhältnis des Unternehmens zum Arbeiterstand bemerkte Dr. Schreiber: „Die Förderung des Gedankens der Werkgemeinschaften ist falsch. Wer die Gewerkschaften ausschalten will, vergißt die historisch gewordenen Tatsachen. Die Gewerkschaften haben sich ein großes Verdienst um die kulturelle und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Massen erworben. Die Einstellung der Arbeitererschaft ist entscheidend bestimmt von der Entwicklung der politischen Verhältnisse. Die deutschen Arbeiter haben sich für die Rettung des Vaterlandes ebenso wie die anderen Schichten des Volkes eingesetzt. Es bedeutet eine Verleumdung für die arbeitenden Massen, wenn man den nationalen Willen der Arbeitererschaft in Zweifel zieht. Man darf dem Arbeiter nicht die Hoffnung auf eine bessere Gestaltung seiner Lebensbedingungen nehmen. Die Bedeutung des Unternehmens wird dadurch nicht geschwächt, daß sie sich in diesem Sinne umstellt. Es gilt, auch die Beziehungen der arbeitenden Menschen zueinander zu rationalisieren. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Emanzipation der deutschen Arbeiterkraf-

Die Arbeitslosigkeit unter den Bundesmitgliedern am Schlusse der Monate in den Jahren 1925 und 1926.

Im Jahre 1926 hat die Bauarbeiterlosigkeit Deutschlands eine schwere Arbeitslosigkeit durchgemacht. Nebenstehendes Schaubild, das die Gesamtzahl der am Schlusse der Monate arbeitslos gemeldeten Bundesmitglieder darstellt, sowie das Verhältnis dieser Arbeitslosigkeit zu der durch die Zahlung jeweils erfassten Mitgliederzahl läßt das Ungeheure dieser Arbeitslosigkeit scharf hervortreten. Infolge ungünstiger Witterung und wegen des Konjunkturschwüches war die Arbeitslosigkeit in den Monaten November und Dezember 1925 stärker als um die gleiche Zeit des Jahres 1926. In den übrigen Monaten übertraf dagegen die im Jahre 1926 ermittelte Arbeitslosigkeit die des Vorjahres ganz bedeutend. In der eigentlichen Bauzeit betrug sie sogar ein Vielfaches des vorjährigen Standes. Für rund ein Fünftel der Bauarbeiter gab es in der besten Bauzeit keine Arbeitsgelegenheit, obgleich es landauf, landab an Wohnungen fehlt. Wirklich eine herrliche Wirtschaftsordnung, in der es in Rücksicht auf Unternehmer- und Grundbesitzerprofit nicht gelingen will, die feiernde Arbeitskraft des



Baugewerbes gegen die Wohnungsnot zu mobilisieren. Von den ersten Kriegsmontaten, August, September und Oktober 1914 abgesehen, ist eine derartig große und andauernde Arbeitslosigkeit im deutschen Baugewerbe noch nie dagewesen.

Einige Zahlen aus der amtlichen Statistik der Arbeitsnachweise bestätigen voll auf die Darstellung unseres Schaubildes. Danach gab es im Baugewerbe am Monatsende im Januar des Jahres 1926 112 888 Arbeitsjuchende, aber nur 1104 offene Stellen; im April bei 163 946 Arbeitsjuchenden 578 offene Stellen; im Juli bei 99 784 Arbeitsjuchenden 428 offene Stellen; im September bei 80 465 Arbeitsjuchenden 475 offene Stellen. Ende Dezember fanden 218 183 Arbeitsjuchende nur 90 offene Stellen vor. Hier liegt ein Feld brach, das, urbar gemacht, unserm deutschen Wirtschaftsleben in kürzester Zeit einen ungeahnten Aufschwung brächte. Unsere sogenannte Wirtschaft aber angelit mit Hilfe von Lohnrückerei, verlängerter Arbeitszeit und Schmutzkonkurrenz nach dem Auslandsmarkt, anstatt zunächst einmal dem Innenmarkt zu neuem Leben zu verhelfen.

ist abhängig von der geistigen Umstellung unseres Volkes. Dies gilt nicht nur für die arbeitenden Massen, sondern auch für das Unternehmertum. Hier gibt es noch unendlich viel zu tun. Wir müssen dahin kommen, daß der Mensch nicht mehr nach seiner staatsbürgerlichen Geltung unterschieden wird. Wir müssen auf eine Beseitigung der Klassenmäßigen Schichtung hinarbeiten. Es sollte keine Klassenunterschiede mehr geben, sondern nur noch Stufen des gleichen bürgerlichen Standes. Der Mensch soll nicht nach seinen Ähnen, sondern nach seiner Tüchtigkeit eingeschätzt werden.

Man kann sich denken, daß diese Meinung nicht allen auf der Tagung Anwesenden angenehm in die Ohren klang. Deshalb nahm auch gleich der Vorsitzende, Dr. A. H. Franke, eine gewisse Abschwächung vor, indem er einiges „richtig“ zustellen glaubte. Doch entschloß er sich, das Echo der Rede in den reinen Unternehmerrichtungen, voran die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“. Diese besaßen sich, die guten Eindrücke, die diese Rede hinterlassen hatte, möglichst gründlich zu vernichten. Das genannte Blatt besorgte dies schon in der Einleitung zu dem Bericht. Doch noch nicht genug damit. In einer folgenden Nummer wurde der Rede Schreiber ein ganzer Beiratsartikel gewidmet. Es wird dem Minister vorgeworfen, er habe es veräumt, „den sozialdemokratischen Gewerkschaften ein ernsthaftes Wort der Kritik ins Stammbuch zu schreiben“. Und warum? Angeblich, weil die freien Gewerkschaften seit Jahr und Tag den „unentwegten Klassenkampf“ predigen.

gibt es erst, wenn sie sich über Arbeiterfragen auslassen. Das ist der Berggipfel, wo das Wasser entweder links oder rechts herunterlaufen muß. Und das ist gut so. Wer nicht mit den Gewerkschaften ist, ist gegen sie. Wir unterschreiben sicher nicht jedes Wort, das der preussische Handelsminister im Rangamtenverein gesagt hat. Dennoch erkennen wir die Offenheit an, mit der er sich in diesem „erlauchtesten“ Kreise über die organisierte Arbeitererschaft ausließ. Das Echo, das dieser Rede folgte, ließ wieder einmal die Schärfe der Rede hervortreten. Wären die freien Gewerkschaften an Mitgliederzahl doppelt so stark, und würden die Hand- und Kopfarbeiter bei politischen Wahlen ihrer Klassenlage gemäß wählen, dann würde es nur wenige Staatsmänner geben, die das Wirken der Gewerkschaftsbewegung nicht frei und offen anerkennen würden. Wahrscheinlich würde aber auch der Chorus geringer an Zahl sein, der solche Reden mit hämischem Gelächter begleitet.

Rechtswidrige Entlassung eines Baudelegierten.

Bei der den Baudelegierten nicht sehr freundlich gestimmten Firma Sager & Werner G. m. b. H., Berlin, Baufelds Kreiskrankenhause in Prenzlau, wurde infolge Meinungsverschiedenheiten — es handelt sich um das Ansehen von Gewerkschaften, was die Kollegen auf Anordnung des Vorarbeiters, was er später bestritt, einen Zufuß von Sips vernahten — der Baudelegierte, der seit etwa einem Jahre auf der Baufelds arbeitete, ohne Anführung der Delegierten schließlos entlassen. Dagegen erhob der Kollege beim Gewerbegericht in Prenzlau Einspruch und beantragte, festzustellen, daß die Entlassung nichtig ist. Das Gericht erkannte wie beantragt und beurteilte die Firma zur Ertragung der Kosten des Rechtsstreites. In der Begründung lag das Gericht unter anderem (Urteil vom 23. Dezember 1926. Sil. C Nr. 18. 1926):

„Der Kläger war bei der Verfassung zum Baudelegierten gewählt. Als solcher hatte er nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für das Baugewerbe und des Betriebsratsgesetzes die Stelle eines Betriebsobmannes. Nach § 98 des Betriebsratsgesetzes in Verbindung mit § 96 bedurfte daher die Verfassung des Dienstverhältnisses der Zustimmung der Mehrheit der Delegierten, wenn nicht ein Grund zur schließlichen Entlassung gegeben war. Einen solchen hat die Verfassung zwar nach § 123 Ziffer 5 der Gewerbeordnung behauptet, doch hat ihn das Gericht nicht als vorliegend ansehen können. Zweifellos war auch das Verhalten des Klägers dem Wieland II gegenüber ungebührlich und deshalb unter allen Umständen zu tadeln. Trotzdem hat das Gericht eine grobe Verleumdung, die zur sofortigen Entlassung des Klägers berechtigt, nicht angenommen. Dem Kläger ist zugute gehalten worden, daß er in dem Heizerkeller unter erschwerenden Umständen zu arbeiten hatte, da der Keller und das Material feucht war, die Ausparungen nicht pagten und teilweise wieder zugeworfen werden mußten, die Mauer aber in Afford arbeiten sollten und infolgedessen Gefahr liefen, nicht auf ihren Lohn zu kommen. Es ist ihm ferner zugute gehalten, daß der Kläger nach den Angaben der vor ihm im Heizerkeller beschäftigten Mauer... annehmen konnten, daß der Kollege Wieland II gegen einen geringen Sipszufuß zum mindesten nichts einzuwenden hatte, um die Arbeit vorwärtszubringen. Schließlich ist ihm zugute gehalten, daß er sich durch die Verleumdung des Vorarbeiters Wieland II, er bezweifle, daß sie richtige Mauer wären, gereizt fühlen konnte, so daß er als Betriebsobmann sich verpflichtet fühlte, für die anderen Mauer einzutreten. Trotzdem ist von einer Verleumdung des Wieland II im Heizerkeller wie dieser sie ebenfalls behauptet, nichts erwiesen. Es ist von Wieland II selbst bekannt worden, daß der Kläger gerade beim Reinmachen seines Kaffees beschäftigt war und infolgedessen seinen Spaten in der Hand hatte. Wenn er nun im Laufe der Auseinandersetzung im Heizerkeller einige Schritte vortrat und dabei den Spaten in der

Hand behielt, so kann man darin eine Bedrohung noch nicht erblicken. Danach ist dann aber auch eine gewisse Erregung des Klägers berechtigt, als ihm Wieland II bei der Auseinandersetzung im Baubureau, und zwar nach seiner Meinung zu unrecht, vorhielt, er hätte ihn mit dem Spaten bedroht. Aus dieser Erregung heraus kann aber auch die zweifellos ungebührliche Verleumdung des Klägers geäußert sein, dem Wieland II gehöre so viel, daß er nicht mehr sitzen könne, und es hätte nicht viel gefehlt, daß er schon öfter seine Abreibung erhalten hätte. Als eine grobe Verleumdung im Sinne des § 123 Ziffer 5 der Gewerbeordnung konnte diese Verleumdung bei dem zweifellos etwas rauheren Ton auf den Baustellen nicht angesehen werden. Damit war aber festzustellen, daß die ohne Zustimmung der Delegierten erfolgte Entlassung des Klägers nichtig war. Die Kosten hat nach § 91 der Zivilprozessordnung die Beklagte zu tragen.“

Entsprechend diesem Urteil bekam der Kollege zunächst für 4 Wochen seinen Lohn in Höhe von 148 M. nachgezahlt. Als er sich dann am 22. Dezember bei dem Posten zum Arbeitsantritt meldete, erklärte dieser ihm, daß er keine Arbeit für ihn habe. Der Kollege ging also wieder nach Haus. Aber den Luxus, einem Baudelegierten auch weiterhin Lohn zu zahlen ohne daß die Firma dafür eine Leistung bekomme, wollte sie sich denn doch nicht auf die Dauer erlauben. Deshalb schickte der Posten zu dem Baudelegierten und ließ ihn bitten, er möge zur Arbeit kommen. — Das Verhältnis des Baudelegierten zu den Vertretern der Firma ist durch die ihnen wiederholte gerichtliche Unterstützung nun sogar besser geworden. Wir wollen hoffen, daß dies bald bei allen Unternehmern und auf allen Baustellen der Fall sein wird. Dazu können die Kollegen selbst sehr viel beitragen, indem sie zunächst dafür sorgen, daß es keine Baufelder ohne Baudelegierten mehr gibt. Doch die weitgehenden Schutz gegen Willkür genügt, zeigt auch die Erledigung dieses Falles wieder. Möge er nicht nur richtiger Unternehmer und ihren Vertretern, sondern auch vor allem unsern Kollegen eine Lehre und zugleich ein Ansporn sein, keine Rechte unangenußt zu lassen.

Planmäßige Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch das Unternehmertum.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat den Besitzer gewechselt. Das bisher im Besitze der deutschen Regierung befindliche Aktienpaket ist auf die Privatwirtschaft übergegangen. Nunmehrige Besitzer sind: die Großhändler, der Großhandel und die Schwerindustrie. Das Uebernahmeforatorium steht unter Führung Albert Müllers, der bekanntlich Generaldirektor des Stahlwerks ist. Diese Tatsache verdient registriert zu werden. Denn es ist ein Symbol der Zeit, daß die Privatwirtschaft in immer stärkerem Maße nach den Organen der öffentlichen Meinung greift, mit dem Ziele, diese zu beeinflussen. Das erwähnte Blatt hat in letzter Zeit öfter den Besitzer gewechselt. Als „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ war sie Jahrzehnte hindurch das offizielle Organ der deutschen und preussischen Regierung. In der inflation ging sie auf Hugo Sinnes über. Dieser änderte den Namen, vergrößerte sie auf amerikanischen Format und ließ sie in seinem Sinne leiten.

Aus der Stimmensweise ging die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf die deutsche Regierung über. Anzuerkennend dieses Zeitungskaufes soll das Auswärtige Amt gewesen sein. Nunmehr hat das industrielle Großkapital von dieser großen Berliner Tageszeitung wiederum Besitz ergriffen. Dieser Versuch seitens der Großindustrie, die öffentliche Meinung durch eigene Organe zu beeinflussen, ist nicht neu. In der „Post“ verjügte bereits der König von Saarbrücken, der Schachmacher Stumm, großspatialistische Politik nach dem Volk zu bringen. Daneben war es noch der „Deutsche Kurier“, der in der Vorkriegszeit denselben Zweck dienen sollte. Die „Meinungs-Bestimmende Zeitung“ ist und war

in dem Artikel „Unternehmer und Arbeiter“, der der Rede des preussischen Handelsministers gewidmet wird, lautet das schwerindustrielle Blatt dann noch einmal los. Da kommen sogar Worte vor, die die „Ausgestaltung werkspezifischer Agitatoren“. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ verteidigt dann ihre Lieblingstheorie der Werksvereine, die der Minister, wie jeder objektive denkende Mensch, als eine Vertretung der Arbeiterschaft ablehnt. Doch gerade weil dem so ist, deshalb sehen sich die Hauptunternehmer und ihre Organe so sehr für die Werksvereine ein.

Von den übrigen Blättern, die sich gegenüber der Rede Dr. Schreibers ablehnend verhielten, sei nur noch eine Zeitung erwähnt: die „Industrie- und Handels-Zeitung“. Wir greifen diese Zeitung heraus, weil deren Hauptbestreben die deutsche Regierung ist. Wir lesen dort über Dr. Schreibers Rede in Nr. 31: „Ob tatsächlich eine staatsbürgerliche Beteiligung und eine Stärkung der Gewerkschaften ein besseres Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft herbeiführen werden, erscheint uns immerhin fraglich. Es läßt sich hier die Frage aufwerfen, ob nicht die Propagierung des Gedanken der Werksvereine ein besseres Verhältnis zu herbeiführen könnte.“ Im Entschluß daselbst, wie bei dem Essener Organ der Schwerindustrie, wenn man sich auch weniger plump ausdrückt. Die Reichsregierung lehnt scheinbar eine andere Arbeitervertretung als die der anerkannten Gewerkschaften ab, aber die hier nachstehenden Zeitungen propagieren Werksvereine. Soll hier nicht auch eine gewisse Spitze gegen die preussische Regierung hervortreten, weil es ein Minister Preußens war, der hier rebete? Bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ergab sich bekanntlich daselbstes Bild. Auch diese war bis vor kurzem im Besitze der Reichsregierung; dennoch wurden gerade von ihr Pfeile gegen die preussische Regierung abgefeuert. Doch wie dem auch sei: Bestimmen ist, daß die „Industrie- und Handels-Zeitung“ von den Führern der Werksvereine und somit der selben Bewegung gehört. Sie ist also trotz oder gerade wegen ihres Verhältnisses zur Reichsregierung als Feind einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung anzuprehnen.

Wenn Staatsmänner über Dinge allgemeiner Natur reden, so gibt es gewiß auch Meinungsverschiedenheiten. Aber eine reinliche Scheidung der Geister

1874, Niesenleger 283, Glaser 720, Asphaltierer 864, Bau-
Wermeister 941, Erdbauer 10 104. Von der Arbeits-
losenabnahme wurden diesmal 684 Baugewerkschafts-
Mitglieder erfasst. (In der vorigen Woche
waren es 822 622 Mitglieder.) Die Zahl der arbeitslosen
Mitglieder ist sowohl absolut als auch verhältnismäßig
wieder gestiegen. Sie beträgt 141 259 gegen 182 946 in der
Vormoche. Das sind 43,55 % gegen 41,21 %. Die stärkste
Arbeitslosigkeit hat, wie bisher, der Bezirk Königsberg mit
86,3 %. Dann folgen mit über 50 % Arbeitslosen die Bezirke
Verden a. d. N., Danzig 57 %, Stuttgart 56,4 % und Nürnberg mit
55,2 %. Die geringste Arbeitslosigkeit hat wieder der Be-
zirkverband Bremen mit 23,1 %. Außer Königsberg,
Danzig, Frankfurt und Karlsruhe sind alle Bezirkeverbände
an der Steigerung beteiligt. Von den Hauptberufsgruppen
nahm die Zahl der Arbeitslosen am stärksten zu bei den
Maurern (von 64 074 auf 70 245). Bei den Hilfsarbeitern
stieg die Zahl von 48 599 auf 60 098, bei den Erdbarbeitern
von 9380 auf 10 104.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter:
Geperlt sind in Anklam die Negearbeiter der Pommer-
schen Zuckerfabrik, in Vorna die Bauten des Bergbauhilfs-
vereins, in Hamburg die Firma Joh. Th. Umling, Alige.
in Krefeld die Bauten der Firma Sievert aus Jechin,
in Aist auf Stoll die Firma Heinrich Brandt, in Wittgen-
burg Chr. Försterling, in Neu-Anspach bei Dresden die
Firma G. Waber, in Osterwieck die Baustellen der Unter-
nehmer Ludwig Schmidt, Ingenieur Humbert und
Julius Kammende, auf Insel Peltow der Schleusen-
bau der Firma Heinrich Brandt, in Parchim die Firmen
Schnell und Kniebel, außerdem liegen Differenzen vor in
Neuburg beim Unternehmer Krüger, Freyenstein, in Noto-
burg i. S. der Unternehmer Frömming, in Verden a. d. N.
der Kolonnenbau der Firma Wöhler aus Hannover, Wiffel-
hüde, in Wefermünde die Arbeiten der Firma Gimme,
in Westerland die Arbeiten der Firma Heinrich Brandt
aus Mendeburg-Wildesdorf.

Gilolierer: Geperlt ist in Hamburg wegen Nicht-
zahlung der Tariflöhne die Firma Högke & Co. aus Köln,
Kraffwörter der Hamburgischen Elektrizitätswerke.

Kunststein- und Terrazzoarbeiter: Ostdeutsche
Kunststeinwerke (Inhaber Bruno Bauer) in Tiffit.
Stukkateure und Putzer: Geperlt ist Ober-
schlesien.

Töpfer: Geperlt ist für Döhlenberg Burg bei Magde-
burg (Wheemann). Für Scheibensdörfer ist Grinitz geperlt.

Aus den Baugewerkchaften

Altenburg. Am 25. Januar fand unsere General-
versammlung statt. Anwesend waren, bis aus Lange-
leuba-Niederhain, die Vertreter sämtlicher Bezirksstellen.
Die Tätigkeit des Vorstandes stand im Jahre 1926 wie feines
vorhergehenden im Zeichen anhaltender Erwerbslosigkeit.
Selbst während der besten Bauzeit waren noch durchschnittlich
15 bis 20 % unserer Mitglieder arbeitslos. Der fehlende
Industriebaum, worauf hauptsächlich die Arbeitslosigkeit zurück-
zuführen ist, wurde nicht durch regen Wohnungsbau ersetzt.
Vollkommene Unordnung in der Finanzierung und man-
gelnde Entschlußkraft der öffentlichen Organe ließen ein-
große Teile unseres Gebietes ohne der Wohnungsbau ent-
sprechende Bautätigkeit aufkommen. Die 191 erbaute Woh-
nungsfläche in keinem Verhältnis zu der Zahl der festzu-
stehenden. In größeren Tiefbauarbeiten wurde der Vertriebsauf-
schuß in Altenburg und der Wohnungbau-Wirtschaft aus-
geführt. Die dort beschäftigten Arbeiter waren aber durch-
wegs schlecht organisiert, soweit dies nicht der Wunschteil der
Arbeiter in anderen Gewerkschaften an. Nur eine Verbesserung
der Löhne- und Arbeitsbedingungen war im Berichtsjahr
nicht möglich. Für die Hilfsarbeiter die Stundenlöhne um
Schiedsgericht einen Spruch, wonach die Stundenlöhne um
8 % abgebaut wurden. Unsere vorjährige Aufgabe ist, wie-
der eine erträgliche Spanne zwischen Fach- und Hilfsarbeiter-
löhnen zu schaffen. Die Streitigkeiten aus dem Arbeits-
verhältnis waren sehr zahlreich. In 12 Fällen mußten wir
den Klagenweg vor den Gewerkschaften und Amtsgerichten be-
gehen. Die tariflichen Schlichtungsinstanzen wurden
schonmal in Anspruch genommen. Insgesamt wurden 90 %
aller Streitfälle zugunsten der Kollegen entschieden. Im
Verhandlungswege sind neunmal Streitigkeiten beigelegt wor-
den. Zahlreich waren die Fälle wo unter dem Druck der
Unternehmer Lieferunbenarheit geleistet wurde. Ein Zeichen,
wie richtiger die Unternehmer ihre Macht auszunutzen
durch Werbung beim Gewerkschaftsamt gelang es, in
18 Fällen, die Lieferunbenarheit zu befeitigen. Wegen
grober Verstöße gegen die Arbeiterchutzbestimmungen sind
18 Unternehmer zur Anzeige gebracht worden. Wir sind
überzeugt, daß der weitaus größte Teil der Verstöße dem
Vorstand überhaupt nicht gemeldet worden ist. Am trau-
rigsten liegt es auf dem Grunde aus. Hier misgelingen die
Unternehmer selbst die einfachsten Bestimmungen des Bau-
arbeitergesetzes. Wenn schon bei der sehr schlechten Bau-
arbeiterzahl, wo fast in jedem Betriebe ein Teil der Gerüste
sein äußerlich auf dem Lagerplatz aufgestellt war, die
Schuttbordurichten nicht eingehalten werden, welche Zustände
sollen dann erst bei einer besseren Bautätigkeit eintreten?
Trotzdem gibt es noch Leute, die über „glänzenden Bau-
arbeitererschutz“ arabeln. Wegen die Bestraffungsbehörde wurde
nach besten Kräften angestrebt und die zuständigen Stellen
um Abhilfe ersucht. Ob Abhilfe geschaffen wird, muß die
Zukunft lehren. Unser Verbandsleben war reger. Der
Mitgliederstand ist gehalten worden. Der Kassenertrag er-
gibt für die Hauptkasse Jahresumlauf von 39 774,87 M.
Die Einnahme der Lokalfasse beträgt 21 852,57 M., ihre Aus-
gabe 18 774,34 M. Der Kassenertrag beträgt 8078,23 M.
Die Ausprägung bewegte sich in jastischen Grenzen. Dem
Vorstand und dem Kassierer wurde einhimmlich eine Entlassung
erteilt, worauf er einstimmig wiedergewählt wurde. Das ist
wohl die beste Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit.
Während noch auf Antrag des Vorstandes beschlossen wurde,

für die Besetzung von Vertrauensmännern in unserer Bau-
gewerkschaft als Bedingung ein mindestens dreijährige Mit-
gliedschaft im Baugewerksbund festzusetzen, wurde die Ver-
sammlung geschlossen.

Buer 1. Bm. Am 20. Januar hielt unsere Baugewerks-
schaft eine gut besuchte Funktionärerversammlung ab. Der
Gesäfts- und Kassenertrag wurde geprüft und für richtig
befunden. Die Vorbereitung zur Generaterversammlung wurde
in eingehender Weise durchberaten und beschlossen, sie am
Sonntag, 27. Februar, in Gladbeck, Lokal Richter, abzuhalten.
Die Delegierten werden (nach dem Ortsstatut) in den Mit-
glieder-vereinsversammlungen gewählt. — Der Artikel unterm
Strich des „Grundstein“, Nummer 46 (Pauischen Vetter),
wurde noch einmal besprochen und es wurde festgestellt, daß
das auf den Kollegen Paul Keller Bezügliche aus dem
Artikel ausgeschlossen müsse, weil er keinen Verpflichtungen
nachgekommen ist. Er ist schon immer organisiert gewesen
und steht auch heute zu unserm Bunde. Hätte der Aufsatz
den Gesamtzustand vorgelegen, so hätte ihn dieser be-
stand. Die Schriftleitung des „Grundstein“ trifft keine
Schuld, da der Aufsatz untersempel und untergeschrieben war,
also alle Vorschriften für die Aufnahme des Artikels er-
füllt waren.

Goslar. Am 23. Januar hielt unsere Baugewerkschaft
ihre Generalversammlung ab, die von fast sämtlichen
Bezirkstellen besucht war. An der Spitze stand der Vor-
sitzende. Auch unsere Baugewerkschaft hatte unter der großen
Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Mitgliederzahl betrug am
Anfang des Berichtsjahres 967, am Ende nur noch 935 Mit-
glieder, obwohl im Laufe des Jahres 80 eingetretten waren.
Der Rückgang ist auf die Arbeitslosigkeit besonders der Hilfs-
arbeiter, zurückzuführen. Die Einnahme der Lokalfasse be-
trug 27 876,35 M.; die Einnahme der Lokalfasse 15 429,70 M. und
die Ausgabe 10 915,98 M. Der Lokalfassenertrag betrug
am Jahresabschluß 4514,92 M. — Die Bautätigkeit ist in
diesem Jahre trotz des Lohnabbaues ziemlich allgemein.
Viele unserer Kollegen waren auch im Sommer arbeitslos.
Wir müssen feststellen, daß in dem Orte, wo die höheren
Löhne bezahlt wurden, unsere Kollegen mehr Beschäftigung
fanden als dort, wo die Löhne abgebaut worden sind. In
P a n g e l s h e i m glaubten die Unternehmer, weil keine Ar-
beit vorhanden war, den Lohn abzubauen zu können. Sie
wurden aber nach einem 14tägigen Kampf eines heftigen
Streikes und erklärten sich bereit, den vereinbarten Lohn
weiter zu zahlen. Die Versammlung erklärte sich
mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden und wählte
ihn einstimmig wieder. In der Aussprache wurde hinsichtlich
der Schaffung eines Reichsarbeitsrates zum Ausdruck ge-
bracht, daß wenn in ihm nicht der Schlüssel zum Fortschritt
ist, wie lieber auf einen Reichsarbeitsrat verzichtet werden.
Auch die Bestraffungsinstanz muß im Vertrag geregelt werden,
entweder sich im Gebiete unserer Baugewerkschaften und
weiter haben, die auf die Dauer unerträglich werden. Die
Bestraffungsinstanz ist groß. Es gibt Unternehmer, die bei
8 bis 10 Gefellen 25 Beschäftigte haben, in der Stadt Goslar
waren vor dem Krieg insgesamt 25 bis 30 Beschäftigte. Heute
haben wir dem 83 Beschäftigten. An Entlassungen gehen 15
Unternehmer im ersten Halbjahre 12 3 im zweiten
15 %, im dritten 22 %, im vierten 27 %, im fünften 32 %
und im sechsten Halbjahre 45 % der Gesamtlohnbesitzer.
Zu jener Zeit gab es nur die Hälfte der Zahl an Beschäftigten.
Die wir heute haben. — Bestritten wurde, daß jeder Kollege
bei Erwerbslosigkeit 10 % Beitrag zahlen soll, darüber durch
Praxen quittiert wird. Die Kassierer sind verpflichtet, auch
jeden erwerbslosen Kollegen in seiner Wohnung aufzusuchen
und ihm den „Grundstein“ zu bringen. Von dem 10-
% Beitrag erhalten die Kassierer 5 % und die Schul-
forderung, auch in diesem Jahre die volle Pflicht und Schul-
digkeit zu tun, auf der Baustelle dafür zu sorgen, daß Ver-
gütete gewährt werden und daß alle Bauarbeiter sich selbst
organisieren, um zu jeder Zeit dem Unternehmer gegenüber
übergeprüft dazustehen, wurde die gut besuchte Versamm-
lung geschlossen.

Erfurt. Die am 23. Januar tagende Jahres-
versammlung war von insgesamt 17 Vertretern
aus 16 Bezirksstellen und 10 Vertretern aus Erfurt besucht.
Außerdem waren vollständig anwesend die Abtainer der
Fachgruppen und der Baugewerkschaftsvorstand. Folgt er-
stallte den Jahresbericht. Die allgemeine Wirtschaftslage
benutzte auch in Thüringen die Unternehmer, um durch
eine andere Lohnklasseneinteilung einer Lohnabbau zu er-
reichen. Das Zentrafchiedsgericht kam diesen Anträgen
nicht in ganz geringem Maße entgegen. Die Arbeitslosig-
keit nahm erst Anfang Juli merklich ab. Bis dahin waren
bis zu 50 % unserer Mitglieder erwerbslos. Nur in zwei
kurzen Abschnitten, und zwar Ende Juli und Ende Sep-
tember, war eine verstärkte Nachfrage nach Facharbeitern.
Im Berichtsjahre wurden 154 Neubauten fertiggestellt,
davon 144 Wohngebäude mit 388 Wohnungen. Von diesen
wurden 62 und von Stedlungsgegnenschaften wurden 82
Wohnhäuser errichtet. Außerdem wurden durch 35 Im-
m- und Aufbauten weitere 47 Wohnungen geschaffen. In
diesen Arbeiten war die „Soziale Bauhilfe Erfurt“ stark
beteiligt. Dafür spricht schon ihre Durchschnittpflichtigkeits-
stärke im dritten Vierteljahr; sie betrug 7 Bau-Wermeister,
110 Maurer, 80 Hilfsarbeiter, 36 Zimmerer und 10 Maler.
Der Berichtsertrag wies noch auf die Pflicht in diesen
Berichtsjahren den Bauhilfsangehörigen zu stärken; dies bedeutete
Kollegen hin, den Bauhilfsangehörigen. Der Bau-
arbeiterchutz läßt auf manchen Baustellen immer noch zu
wünschen übrig. Es ereigneten sich 4 größere Unfälle,
wobei auch 2 Todesopfer zu beklagen sind. Die Baube-
weiser müssen mehr als bisher ihre Augen auf den Bau-
arbeiterchutz richten! In 2 Fällen wurden Baubelegierte
angeworben; ein Fall wurde zu unserm Unfallen ent-
schieden, im anderen wurde der Kollege abgewiesen. Im
jüngsten im Bundesverbandes Gemerbegegnenunterstützung
zugewiesen. Klagen aus dem Arbeitsverhältnis hatten wir
14, wovon 12 zugunsten der Kollegen entschieden wurden,
wobei sich 1855 M. nachgezahlt erhielten. Für die Glaser
und für die Stukkateure wurden im Berichtsjahre Tarif-

verträge mit verbesserten Ferienansprüchen abgeschlossen.
Durch Veranstaltung von Baubanden und Jugendtreffen
sind in unserer Jugendgruppe gute Fortschritte erzielt
worden. Im Berichtsjahr wurden 40 000 M für die Haupt-
kasse und 26 145 M für die Lokalfasse eingenommen. Der
Lokalfassenertrag betrug am Jahresabschluß 10 500 M. Dem
Vorstand wurde einstimmig Entlassung erteilt, worauf er
einstimmig wiedergewählt wurde. Dem Kollegen Mah
wurde für sein Verhalten in der letzten Mitgliederversamm-
lung eine scharfe Rüge erteilt und der Vorstand beauftragt,
ihn im Wiederholungsfall sofort wieder auszuschließen.
Ueber einen Wiederaufnahmeantrag des ausgeschlossenen
Bauarbeiters Hering ging die Vertreterversammlung zur
Zugehörigkeit über. — Hierauf hielt der Arbeitersekretär,
Genosse Seiler, einen ausführlichen Vortrag über den
Entwurf des Arbeitslosenberufungsgesetzes. — Das
selbstherrliche Gebahren des Leiters des Arbeitsnachweis-
vermittlers wurde in einer einstimmig angenommenen
Entschließung beurteilt.

München. (Ungetreuer Kassierer) Der Ein-
kassierer Johann Kirmayer von der Zahlstelle Unter-
haching bei München hatte sich am 29. Januar vor Gericht
zu verantworten wegen Unterschlagung von 108 Mark Ver-
bandsgeldern. Er wollte sich mit der bekannten Ausrede,
er habe das Geld verloren, rein waschen. Das Gericht
schenkte ihm keinen Glauben und verurteilte ihn zu 2 Monaten
Gefängnis.

München. Die Generalversammlung am
30. Januar brachte den kommunistischen Delegierten die
widerwärtige Entlassung. Die Kollegen Stamm und
Weser, die einmal im „Hainstrahenpionier“ Generalsekretäre
genannt wurden, weil sie auf Wunsch der Jahrgangs-
kreuzer Kollegen anlässlich der vorjährigen Wirten
von Bundesvorstand als Baugewerkschaftsvorstand eingeweiht
wurden, sind nun mit 16 gegen 9 Stimmen der Persön-
lichkeit unzulässig in unsern Vorstand gewählt worden. Die
abgeleitete Walze Kaufmännig'ig auch nicht mehr. Seine
Anfeuerung, mit der Wahl „seiner“ Leute noch wenigstens
den „Kampf gegen die Bureautanten“ aufzunehmen, blieb
erfolglos. Und das, trotzdem seine Anhänger alles auf die
Bühne gebracht hatten! Sieben Kollegen, die bisher noch auf
die SPD-Schiffjahren folgten, verließen ihren schiefen
Brüdern die Gefolgschaft und stimmten für christlichen Gewerkschaftsausschlag. Bei den Stellvertreterwahlen und denen zum
Stimmteil erhielten sie nur einen Teil der Stimm. Wenn ein
Kollege der Bezirksleitung anwesend war, wurde er von der
„Opposition“ hundertmal mit dem Vornamen angeredet,
war er nicht anwesend, dann hieß es „Bureautanten“ und
andere Kosenamen. Man sollte doch den Jesuiten in Leipzig
nicht über den Weg trauen. Die Kollegen haben eben das
falsche, hohle Spiel fast; langsam aber sicher zieht das Ver-
trauen zur Bundesleitung wieder ein. — Der Kassenertrag
zeigte den Beginn dieses Fortschritts. Die Jahresrechnung
wurde anerkannt. Der Mitgliederstand ist den Bezirksstellen
nach befriedigend überall ist ein Fortwärtstreiten sichtbar.
Der Antrag K o w a d, den Anteil von 40 % bei der kommuni-
stischen Klassenkampfbewegung in Halle zu kündigen,
sowie Widerspruch und Sturm im Volkswirtschaftler aus
Zaunhies, als Teilhaber der hiesigen Zeitung gegen unsern
Baugewerksbund, stellte den „Klassenkampf“ als Arbeiter-
organ hin. Von den Ortsgruppen der Gewerkschaften hat er scheinbar
den größten Beschäftigten der Gewerkschaften hat er scheinbar
abgelehnt. Der Antrag K o w a d wurde gegen zwei Stimmen
abgelehnt. Hier muß noch Aufklärung geschaffen werden.
V e r t i g stellte durch Widerspruch fest, daß die Bundes-
leitung und nicht eine Parteileitung maßgebend für uns
ist. Das letzte Wort ist deshalb noch nicht gesprochen. Scharf
kritisiert wurde der mangelhafte Bauarbeiterchutz, zumal
sich wieder ein Unfall ereignet hat. Beschlossen wurde, wieder
eine Bauarbeiterchutzkontrolle einzurichten. Scharfe und
scharfe Kritik wurde auch an dem in Händen der SPD-
Anhänger befindlichen Gewerkschaftsstatut geübt, das seit
einem Vierteljahr keine Sitzung abgehalten hat. In Reichs-
sozial- und Rentenangelegenheiten laufen die Arbeiter zu
den Vätern; denn die Kommunisten führen jene Sache
durch. Praktische Arbeit ist überhaupt nicht ihre Sache. Was
sie konnten, ist, die einst so stühende Münchener Arbeiter-
bewegung zerrissen zu haben. Nach der Aussprache über die
zu gründende Bauorganisation und mit der Verbindung des
Willens zu weiterem Aufbau unserer Organisation wurde
die Versammlung geschlossen.

Nürnberg. (Zahlfelle Buch. (f Paul Kreißel).
Einer unserer Vellen, Paul Kreißel, ist von uns gegangen.
Durch tatkräftiges Wirken bestand er es, unsere Bewegung
im Anbaugebiet lebendig zu gestalten. Mit noch einigen
tüchtigen Kollegen gründete er im Februar 1908 unsere
Zahlfelle, die er lange Jahre leitete, bis ihm dies seine
Gesundheit nicht mehr gestattete. Trotz eines Leidens über-
nahm er aber während des Krieges wiederum die Leitung
bis nach dem Kriege. Auch an der politischen Bewegung
nahm er regen Anteil und brachte auch diese Bewegung
mit empor. Eine heimtückische Krankheit hat nun seinem
unermüdbaren Wirken ein Ende gemacht. Es war ihm nicht
mehr vergönnt, sein im Februar 1928 fälliges 25jähriges
Mitgliedsjubiläum zu begehen. — Die Baugewerkschaft
Nürnberg, besonders aber unsere Zahlfelle, steht trauernd,
seiner Verdienste gedenkend, an seiner Bahre. Inmern er-
proben, mutigen und treuen Mitkämpfer werden wir stets
ein ehrendes Andenken bewahren.

Aus den Fachgruppen

Bau-Wermeister.

Nürnberg. Unsere Fachgruppe hielt kürzlich eine gut-
besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Ziegler
sprach über „Ausbau der Fachgruppe der Bau-Wermeister“. Der
Bau-Wermeister (Kofler, Schachtmeister) ist in der
Hauptsache aus dem praktischen Arbeitsverhältnis heraus-
gewachsen und hat sich durch Zuziehen zum Bau-Werk-
meister emporgearbeitet. Die Mehrzahl dieser Gruppe hat
auch die gewerkschaftliche Schulung durchgemacht. Der Bau-
Wermeister ist der Vertrauensmann des Unternehmers,
so sagen wenigstens diese. Die Verhältnisse haben aber den
Bau-Wermeister etwas anderes gelehrt, nämlich, daß er
sein Jota anders behandeln würde als sonst ein Lohnarbeiter,
wenn ihn nicht gesetzliche Bestimmungen etwas schützen

nd die
ang
be-
In-
en-
fe
ren-
des
tehr
er,
An-
den
gen
nem
dem
inne.
Das
als
be-
von
inter-
gen
wie
biele
schö-
Nach-
men
arauj
ich e
nem
mar,
in die
angen
ntliche
s ent-
dem-
von der
chnung
wird,
ob sie
den
mar
ich der
anderen
hines
gemann
und
icht als
s. Das
auf die
er Be-
nach dem
s Ehe-
egatten.
Die
Tief-
en
sein
Fall des
Wahnen-
allen all
leistigen
entfess-
gen
dem Beil-
hshund
27.
etlos
Unter-
ermeister
entwerfen

würden. Durch die veränderten Verhältnisse ist der Bau-Verkehr auch zum Klassenkämpfer erwacht, und sich wenigstens das Mitbestimmungsrecht über seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu wahren. Durch Berufung der Fachgruppe der Bau-Verkehr im Deutschen Baugewerksbund ist auch die Arbeiterorganisation auf den Plan getreten, und sich auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stellen. Eine Verschmelzung mit dem Baugewerksbund hat der Arbeiterbund abgelehnt. Nach einer im Juli 1926 durch den Baugewerksbund aufgenommenen Statistik über die Beschäftigung und Mitgliedschaft der Bau-Verkehr ergibt sich folgendes Bild: In 421 Baugewerkschaften, die ihre Berichte eingeschickt haben, wurden 14 848 Poliere und 2029 Schachtmeister gezählt, insgesamt 16 877 Bau-Verkehr. Hieron waren 6107 Poliere, 420 Schachtmeister, zusammen 6527 Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes und 6417 beschäftigte Poliere und Schachtmeister Mitglieder anderer Organisationen. Nach diesem Verhältnis steht ohne weiteres fest, daß die Fachgruppen der Bau-Verkehr im Baugewerksbund an Zahl der Mitglieder nicht hinter dem Arbeiterbund zurücksteht. — In der Aussprache waren sich alle Kollegen darin einig, daß das Verhältnis zu dem Arbeiterbund eng bleiben und das kameradschaftliche Zusammenarbeiten aufrechterhalten werden muß. Nur sollten sich die beiden Verbände bei Ueber-Übertragungen und Neueintritten stets in Verbindung setzen, auch sollte von der gegenseitigen Abtreibung der Mitglieder Abstand genommen werden. Zum weiteren Ausbau wurde beschlossen, daß die Versammlungen periodisch stattzufinden haben und alle mit Beiträgen, möglichst technischer Art, ausgestattet werden. Unter den unorganisierten Polieren soll die Agitation energisch betrieben werden. Einer Anregung des Zimmererverbandes, daß auch diese Poliere zu unjeren Versammlungen gezogen werden sollen, soll selbstverständlich Rechnung getragen werden. Die Rechnung soll durch einstimmigen Beschluß, die Kollegen Fuchs, Sagner und Kitzler wurden als die fachgruppenleitenden Personen gewählt.

Das Mitteilungsblatt „Der Bau-Verkehr“, Jahrgang 1926 und 1927, ist in einem Band in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren gebunden. Der Preis ist 3 M für das Exemplar. Die Bestellungen sind bisher nur mangelhaft eingegangen und werden mit, falls die Bestellungen nicht bis zum 1. März dieses Jahres in unsere Hände kommen, allen Fachgruppen mit einer größeren Anzahl von Mitgliedern ein Exemplar zugehen.

Gerichtsurteile in gewerblichen Streitigkeiten müssen der Reichsfachgruppenleitung zwecks Abschrift zur Verfügung gestellt werden.

Differenzen, die sich aus der Nichtbeachtung der Tarifverträge und seiner Bestimmungen ergeben, müssen sofort der Reichsfachgruppenleitung gemeldet werden. Dasselbe gilt für wichtige Beschäfte in den Fachgruppenversammlungen.

Betonarbeiter.

Breslau. Am 23. Januar fand unsere sehr gut besuchte Generalversammlung abgehalten. Den Jahresbericht gab unser Obmann; er wies auf die große Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahre hin, wo es keine Woche gab, in der nicht Kollegen erwerbslos waren. Angeht die Arbeitslosigkeit glauben die Unternehmer, endlich sei die Zeit zum Lohnabbau gekommen. Das ist aber von unserer Organisation verhindert worden. — Durch regelmäßig abgehaltene Versammlungen, in denen Vorträge gehalten wurden, haben wir in beruflicher, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht aufklärend und vertiefend gewirkt. Durch Veranstaltungen ersten und höheren Charakters, wozu auch die Angehörigen unserer Kollegen teilnahmen, pflegten wir die Geselligkeit. Alle Versammlungen waren sehr gut besucht, so daß wir mit den besten Hoffnungen ins neue Jahr schreiten. — Die wenigen Fälle von Ueber-Übertragungen des Achtstundentages werden noch weiter verringert und bald gänzlich ausgeräumt sein. Jeder Kollege muß sich klar darüber sein, daß jede Ueberstunde für die Unternehmer Material ist zur Verringerung des Achtstundentages und uns zugleich die Schaffung eines Reichstarifvertrages erschwert. Mehr Aufmerksamkeit muß in diesem Jahre auch dem Lehrlingswesen im Betongewerbe, dem Bauarbeiterstand, und vor allem den stillen Winkeln arbeitenden Kollegen entgegengebracht werden. Kämpfen wir in dem Sinne für den Baugewerksbund, dann ist der Sieg unser. Die bisherige Fachgruppenleitung wurde einstimmig wiedergewählt. Obmann ist Paul Dehlig, Breslau X, Marktstraße, Siedlung an der Ostwäcker Straße.

Glasler.

Augsburg. Am 22. Januar hielt unsere Fachgruppe ihre Generalversammlung ab. Kollege Gäßlein, München, berichtete über die Konferenz in Hamburg und über die Lage in unserem Gewerbe. Er gedachte dabei der Tätigkeit unseres früheren Reichsfachgruppenobmannes, des Kollegen Eichhorn, und wünschte ihm für seinen Lebensabend bestes Wohlergehen. Die Aussprache bewegte sich im Sinne des Vortrages. Anschließend wurden dann die Fragen der Schaffung eines Reichstarifvertrages sowie die Bildung einer Jugendabteilung eingehend erörtert. Hierauf gab Venniger den Tätigkeitsbericht, aus dem vor allem die Notwendigkeit einer stärkeren Werbearbeit hervorging. — Zum Obmann wurde Förster gewählt, zum Stellvertreter Wohlrich, zum Schriftführer Kraus und zu seinem Stellvertreter Schür. In die Lehrlingskommission wurden Benninger und Wohlrich entsandt.

Breslau. In der Generalversammlung am 26. Januar führte Strieder als Obmann in seinem Jahresbericht aus, daß das Jahr 1926 für uns gewissermaßen lang und langlos dahingegangen sei. Dazwischen sei in erster Linie die andauernde große Arbeitslosigkeit schuld. Einzelstreitigkeiten gab es verhältnismäßig wenig. Das Interesse der Kollegen an unserer Organisation litt unter den Wirtschaftsverhältnissen sehr, was am besten der Versammlungsbefugnis geht. Zwei Versammlungen mußten sogar wegen zu geringer Beteiligung ausfallen. Obwohl bei den Unternehmern oft die Rede davon war, den Tarifvertrag zu kündigen, ist dies nicht geschehen. Wir hoffen, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre besser wird, damit den Unternehmern auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation beibringt werden kann. Zum Obmann der Fachgruppe wurde

Paul Strieder, zum Stellvertreter Sang und zum Schriftführer Schulz gewählt. In die Bauarbeiterfachkommission wurde Strieder entsandt. Darauf erstattete der Obmann Bericht über die Erfolge des Konsumvereins „Vorwärts“. Der Wert der Genossenschaftsbewegung für die arbeitende Bevölkerung wird auch von vielen Organisierten nicht klar erkannt. Es darf nicht sein, daß die durch unsere Organisation erzielten Löhne wieder in die Kassen des uns scharf gegenüberstehenden Privatkapitals fließen! Kollege Horn regt an, die nächste Versammlung öffentlich abzuhalten, und besonders die jungen Kollegen, die die Freizeit beendigt haben, vom Wert der Organisation zu überzeugen. Diese Kollegen wissen auch nicht den Gedanken des Tarifvertrages zu würdigen. Diese Anregung fand Beifall. Am 23. Februar wird nun eine öffentliche Versammlung abgehalten, wozu durch Sandgettel eingeladen werden wird. Nach Erledigung untergeordneter Fragen wurde die Versammlung mit der Aufforderung, in diesem Jahre das Versammlungsleben zügel zu gestalten, geschlossen.

Dresden. Am 29. Januar fand eine gut besuchte Versammlung statt. Leipzig schilderte zunächst die Lage des Glasergewerbes und ging dann auf das Tarifvertragswesen und die Lohnfragen ein, wobei er das Affordwesen, die Arbeitszeit, die Urlaubfrage und die Lehrlingsangelegenheiten behandelte. In der Aussprache wurden die örtlichen

Ohne Pflichten keine Rechte!
Für die Woche vom 20. bis 26. Februar ist der 8. Bundesbeitrag für 1927 zu zahlen.

Verhältnisse erörtert. Es wurde festgestellt, daß die Arbeitszeit einigermaßen eingehalten wird. In der Ferienfrage sowie in der Frage der Affordarbeit gingen die Meinungen auseinander. Das Vorgehen der Glasergewerkschaften, allgemein eine vierjährige Freizeit einzuführen, müssen wir beifalls. Die Kollegen wurden ermahnt, sich nur durch den Arbeitsnachweis zu lassen. Das Umschauen ist zu unterlassen! In allen Werksellen soll wieder das sich früher sehr gut bewährte Vertrauensmännerbüro eingeführt werden, damit die Fachgruppenleitung immer Fühlung mit den Belegschaften behält und sofort über Mißstände, wie Nichtzahlung der Tariflöhne usw., unterrichtet wird. Die Vertrauensmänner sollen auch mit der Lohnkommission und der Fachgruppenleitung zusammenkommen, um über Fragen der Tarifverbesserung zu beraten. Mit allen Mitteln soll verhindert werden, die noch unorganisierten Glasler, die hauptsächlich in einem größeren Betriebe sind, unserer Organisation zuzuführen.

Essen. Am 29. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Koffi erstattete den Jahresbericht. Im März 1926 haben wir einen Tarifvertrag mit der Glasergewerkschaft abgeschlossen, der einige Verbesserungen brachte. Als Lohn wurde der Stundenlohn der Maurer vereinbart, der zur Zeit 1,01 M beträgt. Unserer Fachgruppe gehören 54 Kollegen an. Leider wird festgestellt, daß kaum ein Drittel der Kollegen unsere Versammlungen besucht. Dies beweist wie wenig Interesse sie ihren Berufsfragen entgegenbringen. Auch der Lehrling soll sich mehr angenommen werden. Diesem Zweck soll zunächst eine Zusammenkunft der Lehrlinge und ihrer Eltern dienen. Von 23 Glaslerlehrlingen gehören nur 2 unserem Bunde an. Das beweist, daß ein Teil der Eltern noch nicht den Wert der Organisation für ihre Kinder erkannt hat. Als Obmann wurde Koffi, als Stellvertreter Wiedung und als Schriftführer Wunderlich gewählt.

München i. B. Unsere Fachgruppe hielt am 30. Januar ihre Generalversammlung ab. Kollege Borich erstattete den Tätigkeitsbericht. Das Berichtsjahr war ziemlich ruhig; größere Kämpfe hatten wir nicht zu bestehen. Leider ist ein Teil der Kollegen nicht seinen Verpflichtungen nachgekommen, so daß sogar 8 Kollegen gestrichen werden mußten. — Zum Obmann wurde Borich, als Stellvertreter Grünelt und als Schriftführer Wülfers wiedergewählt. Bedauerlich ist, daß einige Kollegen, nachdem sie sich beruflich umgestellt hatten, Mitglied des Holzarbeiterverbandes wurden, nun aber, nachdem sie wieder in unserem Gewerbe tätig sind, nicht den Mut aufbringen, auch wieder zum Baugewerksbund überzutreten. Mit der Aufforderung, im laufenden Jahre einige, geschlossen und zuge für die Erstarkung unserer Fachgruppe zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen.

Stukkateure und Putzer.

Breslau. Am 29. Januar fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. Kollege Habel erstattete den Jahresbericht. Er bezeichnete das vergangene Jahr als das schlechteste der Nachkriegszeit. Die meisten unserer Kollegen haben kaum 20 bis 25 Wochen gearbeitet. Aber auch künftig dürften wir eine bessere Arbeitszeit erhalten kaum zu erwarten haben. Die schlechten Wirtschaftsverhältnisse bedingen eine sparsame Bauweise; für unser Beruf, der im Bauwesen dekorativ wirkt, werden Mittel nicht bereitgestellt. Trozdem haben wir den Lohnabbau von 1,60 M auf 1,52 M, den uns der Schlichtungsausschuß im Mai brachte, verhindert. Dem Antrag der Unternehmer auf Verbindlichkeit wurde nicht stattgegeben. Angesichts unserer Gefährdungsetzungen getrauen sich die Unternehmer nicht, Abzüge zu machen. Unsere Versammlungen waren durchschnittlich von zwei Dritteln der Kollegen besucht. Als Vorgesitzender wurde Kollege Fritz Habel, als Stellvertreter Max Erdler, als Schriftführer Max Hirsch, als Stellvertreter Reinhold Schuler gewählt. Beschlossen wurde, die monatlich zu zahlenden Beiträge von 50 % als Todesfallunterstützungsfonds anzulegen und im Sterbefalle eines Kollegen an die Frau und im Sterbefalle der Frau an den Kollegen 50 M zu zahlen. Unsere Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Düsseldorf. Am 19. Januar fand unsere von 100 Kollegen besuchte Generalversammlung statt. Der Obmann hob in seinem Rückblick auf das Jahr 1926 besonders das Erstarken unserer Fachgruppe hervor. Das unkollegiale Verhalten vieler Kollegen unterzog er einer scharfen Kritik. Soffentlich nehmen die Sünder sich sie zu

Gerzen und vergelten sie in diesem Jahre mit einer gehörigen Dosis Solidaritätsgefühl. Das ganze Berichtsjahr war für unsere Gruppe eine einzige Lohnbewegung; aus den Verhandlungen kamen wir nicht heraus. Das Versammlungsleben war reger, auch die Teilnahme kann befriedigen; sie betrug meistens fast 50 %. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Gruppenleitung besteht aus den Kollegen Heinrich Hoppe als Obmann, Thienen als Stellvertreter und Gude als Schriftführer. — Die Tarifverhandlungen waren beendet und die Kollegen sollten nun entscheiden. Der Bericht entfestelte zunächst eine wahre Niederlage. Eigenartig die Haltung der Kollegen. Seit Monaten mußten sie, wie der neue Vertrag aussahen wird, stets wurde der Verhandlungskommission volles Vertrauen entgegengebracht und sie beauftragt, den Vertrag abzuschließen. Nun aber, beim Abschluß, ließen die Kollegen kein gutes Haar an ihm und lehnten ihn ab. Nun liegt es an den Kollegen, ihren Worten auch die Taten folgen zu lassen und den Unternehmern etwas mehr Respekt zu zeigen.

Barren-Gewerkschaft. In der am 30. Januar abgehaltenen Versammlung war trotz schriftlicher Einladung nur ein Bruchteil unserer Mitglieder erschienen. Ein beschämendes Zeugnis für die Kollegen, die so wenig Interesse zeigen! Die Tarifkommission gab einen Bericht über die Verhandlungen um einen Affordvertrag. Mit dieser Frage haben wir uns schon in mehreren Versammlungen beschäftigt. Die Kollegen waren früher der Ansicht, daß die Unternehmer mehr Entgegenkommen zeigen würden. Aber nein! Bei der schiefen Bautätigkeit wollen sie die Affordpreise diktieren und beugen sich dabei auf die Konkurrenz. Die Versammlung beschloß, das Vertragsangebot abzulehnen und nur im Stundenlohn zu arbeiten. Jeder Kollege ist verpflichtet, sich an diesen Beschluß zu halten! Nur dann werden wir, wenn die Bautätigkeit besser wird, leichter einen Tarifvertrag durchdrücken können, der uns genehm ist. Als Fachgruppenleiter wurden für Eisenfeld Robert Sohn und für Barren Ernst Wülfers und als Schriftführer wurde Gust. Trajaj gewählt. Als Vertreter zur Generalversammlung der Baugewerkschaft wurden gewählt: Joh. Schmidts, Fritz Fischer, Gust. Trajaj, Eisenfeld, und Aug. Weigt. Alfred Wehmann, Barren. Die Fachgruppenleitung richtet an die sämtlichen Versammlungsbeteiligten die dringende Aufforderung, mehr Interesse zu zeigen. Die Versammlung ist der Platz, wo sie ihre Interessen vertreten können. Unsere Versammlungen werden, wenn keine besonderen Einladungen erfolgen, jeden dritten Sonntag im Monat im Hotel „Gezellig“, H-Barren, abgehalten.

Tiefbauarbeiter.

Kaiserslautern. In der Vorkonferenz in Nummer 2 des „Grundstein“ ist für Tiefbauarbeiter nur die Lohngruppe von 19 bis 21 Jahre mit 86 1/2 Stundenlohn genannt. Dagegen erhalten in Kaiserslautern die Tiefbauarbeiter über 21 Jahre mit mindestens dreimonatiger Tätigkeit im Baugewerbe 91 1/2 Stundenlohn. Den Umständen, daß in der Tabelle der Stundenlohn nur für jüngere Tiefbauarbeiter angegeben ist, suchte sich nunmehr ein Unternehmer in Kaiserslautern zunutze zu machen, indem er den Kollegen vorzureden suchte, der Tiefbauarbeiterlohn für Kaiserslautern betrage allgemein nur 86 1/2. Wir erziehen die Kollegen, auf dieses Gerücht nicht hereinzufallen. Der Tiefbauarbeiterlohn für Arbeiter, die über 21 Jahre alt sind, beträgt in Kaiserslautern 91 1/2 die Stunde. Jeder Kollege hat daran festzuhalten.

Töpfer und Fliesenleger.

Friedrichshafen i. B. Der Direktor der Steinzeugwerke, Herr Vontke, macht wieder von sich reden. Obwohl dem Herrn bereits im vorigen Jahre von allen in Betracht kommenden Verbänden begründlich gemacht worden ist, daß für Lohnherabsetzungen keine Gründe vorliegen und er in allen Instanzen zur Zahlung der alten Löhne verurteilt wurde, verjagt er neuerdings wieder, die Löhne zu kürzen. Dieser Verjagt ist auch diesmal gescheitert, der Schlichtungsausschuß in Mannheim hat einstimmig die Lohnkürzung zurückgewiesen.

Kamenz. Als Obmann der Fachgruppe wurde Kollege Otto Deutzger, Kirchstraße 5, gewählt.

Münsterberg. Die Fliesenleger befinden sich mit den Unternehmern in Differenzen. Zugang ist feuchtsichtig!

Pappenheim. Der den Ofenformern sehr wohl bekannte Ofenfabrikant Glöckel ist hier im Alter von 70 Jahren gestorben. Der Verstorbene war stets bestrebt, das von den Ofenformern erkämpfte in lokaler Weise durchzuführen. Er hatte stets Verständnis auch für die Schmerzen der Arbeiter; bei Lohnverhandlungen war er einer von den wenigen Unternehmern, die sich entgegenkommend zeigten und mit seinem Takt die Mittelklasse finden, die eine Einigung herbeizuführen geeignet ist. Wir werden seiner stets mit Achtung gedenken!

Wir suchen mehrere ledige Ofenformern auf Schamotte-Macherei, Ofenindustrie U. G., Osnabrück, Mühlentorstraße 28-30.

Vom Bau

Berlin. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 1. Februar bei der Ausbeutung eines Wäderschloßsteinens, dessen mochte Haube entfernt werden sollte. Statt dabei ein Stangen- oder Weilergerüst zu errichten, benutzten 2 Dachdecker dazu eine Hängebohrung. Beim Uebernehmen der Witterung gestrichelten Haube übermannte aber die Last den nur auf 2 Brettern stehenden Kollegen Haberlaub und da er nicht angeleitet war, stürzte er aufs Dach und dann weiter aus 13 m Höhe auf das Straßenpflaster. Mit jenemern Schädelfraktur und inneren Verletzungen wurde Haberlaub nach 5 m Stranfenhaus gebracht, wo er verstarb. Das Sanggerüst war beim Sturz überhaupt nicht berührt worden; es war auch zu klein und zu schwach. Festgestellt wurde nach dem Unfall, daß ein Sagen, an dem der Dach hing, bis auf 2 cm aus der Fuge herausgezogen war. — Es kann nicht oft genug gesagt werden, daß auch dann ein ordentliches Gerüst gebaut werden muß, wenn die eigentliche Arbeit nur kurze Zeit dauert. Und der Sicherheitsgürtel soll nicht nur an der Wand hängen, er muß auch benutzt werden!

Aus dem Fach für das Fach

Normalisierter Stahlbau in England.

Von Dipl.-Ing. A. Lion.

Das erste vollkommen normalisierte und typisierte Wohnhaus in Europa, das sogenannte Weir-Gaus, ist, nachdem es bereits seit einer Reihe von Jahren in Amerika hergestellt wird, in England gebaut worden: Und zwar schon vor 1 1/2 Jahren. Die Normalisierung dieses Haustyps ist vollständig. Jeder Teil des Hauses und der Innenausstattung ist genau bestimmt, und wird in Massen fabrikmäßig hergestellt, so daß sich die Arbeit auf dem Bauplatz im wesentlichen, abgesehen von der Vorbereitung des Baugrundes, auf den Zusammenbau der möglichst großen, aber trotzdem handlich ausgeführten Einzelteile beschränkt. Jeder auf dem Transport oder später beschädigte Teil ist sofort durch einen von der Fabrik beschaffbaren, genau gleichen Teil ersetzbar. Die Montage ist sehr einfach und kann zum Teil von ungelerten Arbeitern ausgeführt werden. Das ist wesentlich, weil in England die Wohnungsnot vielleicht noch größer ist als bei uns und dort die Facharbeiter in der Bauartion knapp sind, so daß die Gefahr, dem eigentlichen Baumarkt noch Kräfte zu entziehen, gefährdet wird. Wichtig ist ferner, daß die eigentliche Bauzeit außerordentlich kurz ist und sich noch um je mehr vermindert, je mehr Häuser auf einer Bauplatz gleichzeitig errichtet werden. Bei 100 gleichzeitig errichteten Häusern beträgt die Bauzeit eines Hauses durchschnittlich nur noch etwa 1 1/2 Tag. Die Folge ist eine wesentlich geringere Abhängigkeit von klimatischen und Witterungsverhältnissen und die Ausdehnung der Baumöglichkeit auf einen größeren Teil des Jahres. Es ist kaum anzunehmen, daß den Interessen der Facharbeiter, trotz der Verwendungsmöglichkeit Ingeleuten, Abbruch getan wird.

Das Weir-Gaus ist in seinen Ausführungsformen unbedingt genau unrißig festgelegt und erlaubt keine Abänderungen; eben weil es typisiert ist. Abgesehen von solchen Fällen, in denen vollkommen andere Bedürfnisse der Auftraggeber und gleichzeitig die Errichtung einer größeren Zahl Häuser eine Abänderung des Typs in gewissen Grenzen erlauben. Daß sich die Errichtung von einem oder nur wenigen derartigen Häusern, deren Bauweise im wesentlichen auf die gleichzeitige gemeinsame Errichtung einer größeren Reihe zugeschnitten ist, so daß nicht nur die Bauzeit, sondern auch der Preis des Einzelhauses mit wachsender Anzahl fällt, für den Käufer nicht rentiert, liegt auf der Hand. Die Fabrik ist der Ansicht, daß die Montage von weniger als 20 Häusern auf einer Bauplatz unrentabel ist und lehnt deshalb Aufträge, die unter dieser Zahl bleiben, ohne weiteres ab; was sie ohne Schaden tun kann, da für den Käufer gegenüber einem Einzelhaus dann sowieso kein Anreiz mehr besteht. Bei 20 Häusern sinken die Gesamtkosten für die Drei-Zimmerwohnung mit ganzer Innenausstattung schon auf etwa 7200 M., bleiben also unter den üblichen Baukosten.

Das Weir-Gaus wird, um Gleichförmigkeit zu vermeiden, in 4 Typen hergestellt: Einzelhaus mit 3 Zimmern, Doppelwohnhaus mit je 3 Zimmern unter einem Dach (eingelegt), zweigeschossiges Vier-Wohnungshaus mit je 3 Zimmern, und Doppel-Wohnhaus mit je 4 Zimmern ebenfalls zweigeschossig. Die Wohnungen haben einen Flächeninhalt von 65 oder 78 Quadratmeter. Interessant ist, daß die reinen Baukosten über drei Viertel der Herstellungskosten ausmachen, weil die zum Weir-Gausbau verwendeten Baustoffe in England verhältnismäßig teuer sind. Die fertigen Häuser unterscheiden sich äußerlich wenig von einfachen Landhäusern. Auch wo gleichzeitig eine größere Zahl des gleichen Typs errichtet worden ist, hat man nicht, wie bei manchen Sparbau- und Reihentypen, den Eindruck der Baradenmäßigkeit und des Uniformierten. Die Innenausstattung ist durchaus nicht dürftig. Im Gegenteil, sie mutet in mancher Beziehung gegenüber dem, was bei uns leider noch meist als Minimum an „Komfort“ angesehen wird, fast luxuriös an. Der Engländer stellt besonders in hygienischer Beziehung auch an den Klein- und Wohnbau größere Anforderungen als wir. Jede Wohnung hat ein Badezimmer mit Wasserleitung für fließendes Wasser sowie eine gutheizbare emaillierte Badewanne und eine vollständige Wasserlosette-einrichtung. Ferner hat jede Wohnung eine Waschküche mit Gasofen, einen Warm- und Kaltwasserbehälter, einen Wasserschloß mit Wärmepfropf sowie Waschepulver- und Wäsche-trockner. In den Zimmern sind Öfen mit eingebauten Kupferrosten für Warmwasserbereitung, und im Schlafzimmer befindet sich ein eingebauter Schrank; Kohlenraum und Speisekammer sind ebenfalls vorhanden. Milchgeliefert wird außerdem eine vollständige, überall freiliegende Kochanlage für Gas- und Entwässerung, ferner die Gasofenanlage, die im Hausinnern durchweg aus Kupferrosten und Messingverbindungsstücken besteht. Ein Gasmeter ist natürlich auch dabei. Wo Gasbeleuchtung gewünscht wird, sind Gasabzweigungen in sämtlichen Räumen vorgesehen, andererseits wird eine vollständige Anlage für elektrischen Strom, für Licht- und Kraftapparate, mit Zähler, Hauptschalter, Niederspannung, Schaltern und Zuleitungen für jeden Raum geliefert. Die Anschlüsse an das Strom-, Gas- und Wasserwerk sowie an die Kanalisation werden zu Kosten des Käufers hergestellt.

Man kann leider nicht sagen, daß in Deutschland der Steinwohnungsbaubau in seinen Ansprüchen, besonders in hygienischer Beziehung, überall so weitgehend ist, als bei diesen Stahlhausbauten. Der Engländer betrachtet aber diese Ansprüche als das Mindestmaß, und die Herstellerfirma betont, daß ihr Typ einfach und nur auf die geringen Bedürfnisse des alltäglichen Vergnügens zugeschnitten ist! (Von den etwa 1000 bisher errichteten Weir-Häusern steht der größte Teil in Schottland, wo sich auch die Fabrik befindet). So sind sie beispielsweise nicht unterteilt, worauf man in Schottland auch aus verschiedenen Gründen geringen Wert legt. Es ist zweifelhaft, ob man sich damit bei uns abfinden würde. Das Haus ist aber im Fundament gegen aufsteigende Feuchtigkeit durch eine durchgehende Isolierschicht aus Bitumen geschützt. Das Fundament besteht aus Beton und trägt Einzelfüße für Pfeilerköpfe und Gerüstteile. Unter der Diele liegt gestampfter Kies; nur unter der Waschküche

ist eine Betonplatte mit darüberliegendem Zement-Granit-Gemenge. Auf dem Fundament ruht das Gerüst, das aus gut ausgetrockneten, mit Kreosot durchtränkter Weisfische besteht. Dies trägt die aus schwereren Stahlblechen hergestellte Aufspannung die mit steigendsten Schrauben am Gehäuf befestigt ist. Die Platten, die dem Haus das Gepräge geben, sind in innerer Weise zur Erzielung einer guten Dichtung teilweise miteinander befestigt, wobei alle Überlappungen mit Mastix gedichtet und mit Deckplatten versehen sind. Zwischen Außen- und Innenwand liegt eine dünne Füllschicht, so daß also zwei Schichten von Luftzellen guten Wärmeschutz bewirken. Die ebenfalls am Gerüst befestigten Innenwände bestehen aus einer Spezialmasse. In dem Wohnzimmer und in der Diele ist außerdem eine etwa ein Meter hohe Wandbekleidung aus Holz vorhanden. Die Innenwände werden gestrichen, wobei drei Farbtöne vorgesehen sind. Fenster und Türen sind wasserfest mit dem Gerüst verbunden. Der Fußboden besteht aus gemulter und gestrichelter Weisfische und wird in größeren Teilen fertiggestellt. Das Dach besteht aus einzelnen Zellen, die durch ein System von Klammern und Bolzen miteinander und mit dem Gerüst verbunden sind. Die Verzäglung, soweit sie nicht bei Verwendung von Längeln fortfällt, wird ebenfalls in größeren Teilen fertiggestellt und mit Absteigementplatten bedeckt. Die Regenrinne und die Ausgussröhre bestehen aus Gußeisen, und die Rinne und der Gerd aus zinkblechtem Zinn. Je einmal vor und nach der Montage müssen die Wandplatten mit einem rostschützenden und die Feuchtigkeit abhaltenden Anstrich versehen werden, der je nach den klimatischen Verhältnissen alle 3 bis 5 Jahre erneuert werden muß. Dieser Anstrich ist der Hauptkostenpunkt in der Erhaltung des Weir-Gaus. Der Schutz gegen Feuchtigkeit soll nach den Aussagen der Bewohner der bisher errichteten Weir-Häuser durchaus vollkommen sein; ebenso die Wärmehaltigkeit, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Witterungsverhältnisse des vergangenen Jahres besonders ungünstig waren.

Der Vorteil des normalisierten Wohnhauses liegt demnach einmal in der Möglichkeit, jeden Bauteil im Beschaffungsfall leicht und schnell erlangen zu können, ferner in der Baukostenersparnis, die durch die fabrikmäßige Massenerstellung sowie durch die Abhängigkeit des Zusammenbaus erzielt und wodurch auch eine gewisse Unabhängigkeit von den klimatischen Verhältnissen erreicht wird. Der hier beschriebene Wohnungstyp, der in der Zeit schwerster Wohnungsnot entstanden ist, stellt nur eine Möglichkeit unter den vielen denkbaren dar; schafft aber, trotzdem er für die verhältnismäßig geringen Bedürfnisse eines einfachen Vergnügens gedacht ist und sicher nicht in allen Teilen unsern Bedürfnissen entspricht, einen annähernden, in hygienischer und wohnlicher Beziehung einwandfreien Wohnhaustyp, der auch unsere Beachtung verdient.

Die Verkaufsstrafe der Provinz Sachsen.

Die Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen hat zwischen Merseburg und Leipzig mit den benachbarten Straßenaufbauvereinen eine Verkaufsstrafe gebaut. Die Arbeiten wurden 1925 begonnen. Auf 27 verschiedene Arten sind an dieser Straße befahrene Straßenzüge ungefähr 12 km ausgeführt worden, weil die auf den Markt gebrachten Baustoffe erst durch Versuche erprobt werden müssen. Die Entwicklung der Verkehrsmittel stellt an den Straßenaufbau große Anforderungen. Lange Jahre sind keine Anforderungen ausgeführt worden und die Bauverfahren der Landstraßen mit einfachem Deckmaterial ist nicht mehr dem Verkehr gewachsen.

Unter Führung eines Provinzialbauamts hat kürzlich eine Kommission der Magdeburger Bauverwaltung die Verkaufsstrafe besichtigt. Von den 27 Verkehrsarten haben sich neben dem Kleinpflaster die Befestigung mit Spramex, Topela und Steinflaggelpflaster (Walzflaggelpflaster) am besten gehalten. Die Provinz wird jedoch diese Baustoffe wegen der hohen Kosten nicht verwenden. Die einfache Oberflächebehandlung mit Teer und Spramex wird für das vorzuziehende gehalten. Der Kalksteinbau wird ebenfalls nicht empfohlen, weil die Emulsionen zu teuer sind und sie außerdem noch 50 % Wasser enthalten. Die bisher vorliegenden Erfahrungen empfehlen, die Bindemittel heiß und unter Druck einzubringen.

Im einzelnen wurde über die Verfahren folgendes gesagt: Der Dammanapflaster einer Braunschweiger Firma kann nicht empfohlen werden. Obwohl er an einer Straße leidlich liegt, hat er auf einer andern Verkehrsstraße, die nach dem Eintraufverfahren hergestellt wurde, vollkommen versagt. Bereits nach einem Jahre mußte eine Nachbehandlung mit Kalkit vorgenommen werden. Vimezüberzug auf Großpflaster hat sich nicht bewährt; schon nach einem halben Jahre mußte der Überzug erneuert werden. Geleertes Schlackenpulver als Dede auf Großpflaster lag im allgemeinen gut, jedoch hätte man noch nur einjähriger Liegedauer ein wesentlich besseres Aussehen erwarten können. Topela auf Steinflaggelpflasteroberfläche auf Großpflaster liegt in 6 cm Stärke aufgebracht worden. Die Fahrdammbede machte einen sehr guten Eindruck. Mit der im Vimezüberzugverfahren hergestellten Schotterbede wird so schlechte Erfahrungen gemacht worden, daß die Provinzialverwaltung dies Verfahren ganz von der Verwendung ausgeschlossen hat. Diese Befestigungsart erfordert auch hohe Unterhaltungskosten. Vielfach wurde der Teer im Sommer von den Fußmarken herausgerissen. Der durch einfache Oberflächebehandlung mit Vimez hergestellte Fahrdamm auf Steinflaggelpflaster machte einen sehr schlechten Eindruck. Der Schotter schaute an vielen Stellen durch den Vimezüberzug hindurch. Der Vimezüberzug lag im allgemeinen gut, erfordert aber einen erheblichen Aufwand an Unterhaltungskosten. Die Oberflächebehandlung mit Kalkit auf Steinflaggelpflaster soll auch nicht wieder vorgenommen werden. Obwohl diese Dede erst 1926 hergestellt wurde, mußte sie schon mehrere Male erneuert wer-

den. Das Eintraufverfahren mit geleertem Schlackenpulver führte zu einem völligen Mißerfolg. Der Dammanapflaster lag wie Gras neben dem Fahrdamm. Der Steinflaggelpflaster (Walzflaggelpflaster) lag ausgezeichnet; dazu kommt, daß der Herstellungspreis geringen sein soll. Topela auf Steinflaggelpflaster lag ebenfalls sehr gut; Kisse, wie sie im Stampflapflaster festgelegt worden sind, waren nicht vorhanden. Allerdings ist die Ausführung sehr teuer. Ausgezeichnet lag der Walzflaggelpflaster auf Steinflaggelpflaster, machte jedoch einen sehr glatten Eindruck und zeigte auch eine Anzahl dieser Befestigungsart ist auch die teuerste. Die Walzflaggelpflaster ist 4 cm stark; sie soll aber für Landstraßen nicht mehr verwendet werden. Die Tra-Harzplatten auf Betonunterlage haben sich sehr gut bewährt und werden für den Straßenbau empfohlen. Der Verguß mit Bitumen hat sich aber als falsch erwiesen, da die Kanten leicht ausbrechen. Ein Verguß mit Zement genügt. Das Kleinpflaster lag ausgezeichnet; es stammt aus den Melaphorischen Ufersteinen. Die Straßenbede aus Teerapflaster (Warmebau), Teerbitumenpflasterbede (Kalksteinbau) und die Teerflaggelpflaster (Kalksteinbau) lagen ebenfalls sehr gut. Die im Galtränkverfahren hergestellte Schotterbede (2 Kränkungen mit Teer) und die Schotterbede im Galtränkverfahren (je einmal mit Teer und Bitumen), die sogenannten Schweizerverfahren haben sich ebenfalls gut gehalten. Bei den mit Colas, mit Gowa-Bit., mit Kalkit und Teerol (Sandmischung) und mit Teerol (Innentränkung) getränkten Schotterbeden haben sich schon nach 4 Wochen Mängel gezeigt. Die wassergebundene Dede wies eine ganze Reihe Schlagschäden auf, obgleich sie erst 1926 hergestellt worden ist. Die einfache Oberflächebehandlung mit deutschem Teer verursachte einen sehr hohen Aufwand an Unterhaltungskosten. Auch wickelt sich der Teer vielfach im Sommer auf die Räder der Fahrzeuge. Ganz besonders schlimm war es im Sommer 1926, wo die Fahrzeuge und Fußgänger im Teer stecken blieben. Erst durch Aufbringung von Spramex konnte diese Dede in fahrbaren Zustand gebracht werden. Die einfache Oberflächebehandlung mit Spramex hat sich am besten bewährt; die Befestigung lag sehr gut und erfordert so gut wie keine Unterhaltungskosten. Der Baustoff wird unter Druck eingebracht. Die Doppeloberflächebehandlung mit Spramex-Teer hat sich ebenfalls als brauchbar erwiesen; auch ist der Herstellungspreis niedrig.

Die sachmännlichen Ausführungen über die einzelnen Baustoffe wurden jetzt dankbar aufgenommen. Nur von einem Großbauunternehmer, wie es eine Probung im Straßenbau ist, können solche Versuche angefertigt werden. Wenn auch die beteiligten Höher manchmal mit dem Kopf geschüttelt haben, für den Straßenbau sind diese Versuche von ungeschätzbarem Wert. Die Provinz, wie auch die Städte müssen den neuen Baustoffen gegenüber vorzüglich sein. Probieren geht über Studieren! F. T.

Allgemeines.

Künstliche Ausstrahlung eines Neubaus. Der Winter war bisher der schlimmste Feind der Neubautätigkeit, weil er ein schnelles Ausströmen der neuen Wohnungen verhindert. Ein Ingenieur A. Wegner hat jetzt Apparate konstruiert, mit denen Neubauten angeblüht schon in zwei bis vier Tagen ausgetrocknet werden können. In fahrbaren Öfen wird eine Temperatur von etwa 150 Grad erzeugt. Die heiße Luft wird durch große Röhren von außen in die festabgeschlossenen Räume gedrückt, wo sie auf eine Temperatur von 75 Grad zurückgeht. In Vertiefungen werden diese Öfen schon verwendet.

Zwei Häuser in drei Tagen. In Tübingen bei Dessau wird vom Dessauer Bauverein eine Kleinhauskolonie von 60 Häusern unter örtlicher Beteiligung des Hauptbaustoffes (Zementbetondeckelsteine) fabrikmäßig, nach dem System planmäßigen Fortschreitens errichtet. Statt Holzsalben werden Betonwälder, auf denen die Außenmauern ruhen, durch einen Stein belegt. Auch für die Decken werden dicht aneinander gereichte Betonwälder verwendet. Nach diesem System konnte der Hofbau von zwei Häusern, die je einen großen Wohnraum, eine Wohnküche, Speiseküche, ein Bad und drei Schlafzimmern enthalten, in drei Tagen vollendet werden. Die Kosten für ein solches Haus mit flachem, als Sonnenbad oder Dachgarten verwendbarem Dach sollen bei Verwendung besserer Baustoffe nur 3800 M. betragen. Zwei fertige Häuser mit einfacher Inneneinrichtung konnten bei Eröffnung des Bauhauses den Besuchern gezeigt werden.

Sicherheitsglas. Unter der Bezeichnung Triples-Sicherheitsglas wird ein neues Glas in den Handel gebracht, das vollkommen splitterfest sein soll. Es besteht aus zwei Glasscheiben, zwischen denen eine dünne Schicht von wasserfestem, durchsichtigem Zellulose eingebracht ist, das unter einem Druck von etwa 100 Atmosphären mit den beiden Glasscheiben verbunden wurde. Das Glas unterliegt sich nicht dem Spiegeglas und bietet bei Verkehrsmitteln (Eisenbahnen, Straßenbahnen, Kraftwagen, Flugzeugen) Sicherheit gegen Verletzungen durch Glassplitter.

Unterwasser-Pfahlbauten. Über 13 000 Pfähle, auf denen die Pfeiler der New Jersey-Brücke der Zentralbahn über die Newark-Bucht ruhen, wurden 7 m tief unter dem Wasserpiegel mit eisernen Haken durch einen eingetauchten Gierauf wurden sie nach „Engineering News Record“ unter einer Länge so genau abgemessen, daß die größten Höhenunterschiede nicht mehr als 6 mm betragen. Diese Genauigkeit war nötig, weil die zum Bau der Pfeiler verwendeten Gießmaschinen unmittelbar auf die Pfahlspitzen aufgesetzt werden mußten, weil ein Eisenbetonstöß an Stelle des sonst üblichen Holzgerüsts benutzt wurde.